Nr. 248 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Freitag, den 28. Oktober 1927

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 10. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Dr. Benesch über außenpolitische Ziele

Deutschlands Macht sichert den europäischen Frieden — Für Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen — Die Revisionsbestrebungen der Friedensverträge gescheitert — Baldige Klärung der Beziehungen zu Rußland

Prag. Im Außenausschuß des Abgeordnetenhauses nahm Außenminister Dr. Benesch zur außenpolitischen Lage, Stellung. Er erklärte u. a., daß die politische Lage im laufenden Jahr durch die Fortsetzung der deutsch-französischen Annäherungspolitik und den Umstand bedingt worden sei,

daß Deutschland wieder eine feste Stellung in der europäischen Politik eingenommen habe.

Bestimmend sei weiter gewesen, der englisch-russische Bruch in Verbindung mit der Revolution in China, der italienisch-südslawische Konflikt und schließlich das Mißlingen der vom Präsidenten Coolidge einberufenen See-Abrüstungskonferenz. Dr. Benesch ging weiter auf die verschiedenen, dabei zu Tage getretenen Tendenzen ein und wies ferner darauf hin, daß sich die im November zusammentretende, vorbereitende Abrüstungskommission mit dem

Ausbau weiterer Sicherungsmaßnahmen und Garantien

zu befassen haben werde. Von dem Ergebnis der Beratungen, das Ende Februar zu erwarten sein dürfte, werde es abhängen, ob die große Abrüstungskonferenz im kommenden Jahr abgehalten werden könne. Das Ergebnis der Völkerbundstagung habe die internationale Situation etwas geklärt, so daß die im Frühjahr aufgetretene Spannung nachgelassen habe. Ueber

das Verhältnis zum Vatikan

äußerte sich Dr. Benesch, daß sich die tschechoslowakische Kirchenpolitik nicht geändert habe. Angesichts der heutigen politischen Lage könne es sich nicht um eine Trennung von Kirche und Staat handeln, ebensowenig, käme ein Konkordat in Frage. Die Verhandlungen mit dem Vatikan nehmen einen günstigen Verlauf. Die Aktion zur

Revidierung der Friedensverträge müsse als gescheitert angesehen werden.

Sie habe den Männern, die sie ins Rollen brachten, nur ein Passivum gebracht.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, kam Dr. Benesch auch auf den

rumänisch-ungarischen Konflikt

zu sprechen, dessen Lösung durch das Eingreifen der Tschechoslowakei näher gerückt sei. In diesem Zusammenhang stellte der Redner fest, daß die Grundsätze der tschechoslowakischen Bodenreform auch fernerhin unangetastet blieben. Lloyd George habe Recht wenn er sage, daß Aenderungen der Verträge nur auf friedlichem Wege, und zwar nur durch den Völkerbund zu erzielen seien. Die Lösungen dieser Streitfragen seien in einem engeren, wirtschaftlichen Zusammenschluß zu finden. Das Verhältnis zu Rußland werde hoffentlich bald geklärt sein.

Die Rede fand im Ausschuß eine geteilte Aufnahme. Abg. Kallina gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Propaganda zur Aenderung der Friedensverträge jetzt hoffentlich mit aller Wucht einsetzen werde. Das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen im Staate sei nach wie vor, absolut einseitig. Ein kommunistischer Abgeordneter protestierte gegen die Verhandlungen mit dem Vatikan. Dr. Kramarsch stellte fest, daß die Lösung des Verhältnisses zur Rußland noch lange auf sich warten lassen werde.

Französische Friedenskämpfer

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Ende Oktober 1927.

Das Genfer „Internationale Friedensbüro“ (Präsident: der Genosse Henri La Fontaine, Vizepräsident des belgischen Senats und Vorsitzender der Sozialistischen Senatsgruppe Belgiens) veranstaltet in diesem Jahr keinen „Weltfriedenskongreß“ (der letzte fand vor einem Jahr in Berlin statt), sondern nur eine wichtige Generalversammlung. Nachdem die vorangegangenen Generalversammlungen des Genfer Friedensbüros immer in Bern tagten, ist in diesem Jahr zum erstenmal die Generalversammlung nach Paris einberufen worden und zwar auf den 23. Oktober. Auch die Deutsche Friedensgesellschaft, in der ja von deutscher Seite aus Rudolf Breitscheid und Freiherr von Schönaich an hervorragender Stelle tätig sind, hat, gleich den anderen Friedensgesellschaften, ihre Delegierten nach Paris entsendet. Im Auftrag der „Deutschen Friedensgesellschaft hat Professor Quidde einen Bericht über die Abrüstungsfrage der Generalversammlung vorgelegt. Die anderen fünf Punkte der Tagesordnung beschäftigen sich nur mit Verwaltungsfragen. Von französischer Seite hat Viktor Basch, der Präsident der Liga für Menschenrechte, Senator Gadard, der unter Herriot Arbeitsminister war, Ferdinand Buisson, der frühere Präsident der „Radikalen Partei“, und die entschiedene Pazifistin Severine, die auf dem Standpunkt der Kriegsdienstverweigerung steht, an den Pariser Debatten des Internationalen Friedensbüros teilgenommen.

Wenige Tage danach, am 29. Oktober, findet die konstituierende Versammlung der Gruppe „Amities Internationales“ („Internationale Freundschaft“) im Gebäude der Internationalen Handelskammer statt. Diese Pazifistengruppe existiert bereits seit etwa 15 Monaten. Sie bricht endlich mit den alten pazifistischen Traditionen schöner Debatten über politische Fragen, verhundertfachter Anregungen eines lebhaften Schüler- und Lehreraustausches und des blassen Stehenbleibens bei Vermittlung von Briefwechseln zwischen Angehörigen verschiedener Nationen. Sie geht weit darüber hinaus. Sie will, ohne sich um Politik zu kümmern, praktisch Friedensarbeit dadurch leisten, daß sie das Leben da sehen will, wo es pulsiert. So besuchen internationale Gruppen im Februar nächsten Jahres die Fabrik der Autofirma Citroen, so werden im Dezember und Januar Ateliers und Werkstätten von Malern und Filmfabriken besichtigt, so wird man im März die Ausstellung der französischen Revolution in der Nationalbibliothek ansehen und schließlich im Mai das neuentstandene Pariser Universitätsviertel, wo der japanische Maler Feujita sein Projekt des Heims der Pariser japanischen Studenten erklären wird. Dann ist für den Monat November ein Vertrag von Francis Delaisi, dem französischen Vorkämpfer für das Einreißen der Zollschranken, über das Thema „Die europäische Wirtschaftseinheit“ vorgesehen. Der Vortrag wird unter dem Vorsitz des Abgeordneten Cesar Chabrun von der französisch-sozialistischen Partei stattfinden. Daneben ist auf den Februar ein Besuch der Deutschen Botschaft vorgesehen, zu dem der deutsche Botschafter von Hoesch bereits seine Genehmigung erteilt hat. Die hiesige Deutsche Botschaft ist das schönste Botschaftsgebäude von Paris. Es gehörte früher dem Prinzen Eugene de Beauharnais und enthält zahlreiche Möbel der Königin Hortense.

Der Präsident der „Amities Internationales“ ist der Senator de Monzie (der Präsident der französisch-russischen Verhandlungskommission), der bereits in verschiedenen Ministerien vor dem heutigen Poincaree-Kabinett Minister war. De Monzie war der erste französische Minister, der während seiner Amtszeit Deutschland besuchte. Er wird ein zweitesmal am 5. Dezember nach Berlin kommen, wo er im Rahmen des Romanischen Seminars der Berliner Universität einen Vortrag über die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Intellektuellen halten wird. De Monzie wird bei dieser Gelegenheit eine Besprechung mit dem deutschen Außenminister Stresemann haben.

Vizepräsidenten der Gruppe Amities Internationales sind der amerikanische Botschafter zu Paris Myron T. Herrick und der griechische Gesandte und frühere Außenminister Politis. In der französischen Abteilung sind an hervorragender Stelle der Sozialist Charles Bourgin, der in der französischen Genossenschaftsbewegung sehr bekannt ist, u. der Vizeadmiral Jaures, ein Bruder von Jean Jaures.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Ludwig Haas wird bei der Versammlung des 29. Oktober zugegen sein. Eine deutsche Abteilung der Gruppe „Amities Internationales“ ist nämlich in der Gründung begriffen. Der deutsche Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe hat ihr seinen Beitritt bereits erklärt.

Warum die „Amites Internationales“? „Damit,“ so erklärte kürzlich der Generalsekretär Charles Braibant, „die Kriegswitwen nicht ein zweitesmal Witwen werden in einem neuen Krieg, der nur noch grausiger sein wird als der, an den sich unsere Generation mit Entsetzen erinnert.“

Kurt Lenz.

Der Vertrag zwischen Rußland und Lettland angenommen

Der sozialistische Kurs in Lettland gesichert

Riga. Das lettländische Parlament nahm gestern Mittwoch den lettländisch-russischen Handelsvertrag mit 52 gegen 45 Stimmen bei zwei Stimmenenthaltungen an.

*

Riga. Nachdem die Dienstag-Aussprache im Parlament über den lettländisch-russischen Handelsvertrag noch zu keinem Ergebnis geführt hatte, wurde Mittwoch die Behandlung dieser Frage fortgesetzt. Trotzdem bereits ein Dringlichkeitsantrag vom Parlament angenommen wurde, nachdem anstelle der sonst erforderlichen drei Lesungen nur eine einfache Abstimmung genügen soll, ist in den Abenstunden die Entscheidung über die Ratifizierung des Vertrages gefallen. Nach einer gegen den Vertrag gerichteten Erklärung des russischen Erzbischofs kam es zu derartigen Lärmszenen, daß die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen werden mußte. Die Annahme des russischen Handelsvertrages ist nur gewährleistet, wenn die Abgeordneten der deutschen Fraktion für die Ratifizierung stimmen, da das demokratische Zentrum, wie dem Vertreter der Telegraphen-Union von führenden Abgeordneten mitgeteilt wurde, sich voraussichtlich gegen den Vertrag entscheiden soll.

Deutschland im französischen Lichte

Paris. Unter der Ueberschrift „Das Deutschland von Heute“ beschäftigt sich Sauerwein im „Matin“ über die wirtschaftliche Wiedergesundung und den Hindenburg-Kult. Er schreibt, daß Deutschland auf dem besten Wege sei, wirtschaftlich wieder zu erstehen und innerhalb weniger Jahre seinen früheren Wohlstand wieder gefunden haben werde. Es sei kein Grund vorhanden, daß dieser Fortschritt nicht zunehme, unter der Bedingung doch, daß Deutschland eine kluge Finanzpolitik treibe und Schwierigkeiten vermeide, zu deren Ueberwindung es noch nicht stark genug sei. Sauerwein spricht dann von dem Hindenburg-Kult. Man dürfe eine solche sentimentale Bewegung nicht überschätzen. Hindenburg sei weder die Personifikation des Revanchegeistes, noch diejenige eines monarchistischen Gefühls. Treu Wilhelm dem II. als dieser Kaiser war, sei Hindenburg heute der unbestrittene Wall des republikanischen Regimes. Daher werde ihm auch von verschiedenen Bevölkerungsklassen zugejubelt. Es bestände nur eine Gefahr: Die Leichtigkeit mit welcher Deutschland sich Dollars verschaffen könne, führe Deutschland nach und nach zu einem Streit mit seinem Gäubiger, der von einer Devisenkrisis begleitet, in einigen Monaten alles zerstören könne, was Deutschland bisher durch eine weitgehende Politik gewonnen habe.

Kritische Lage in Rumänien

Belgrad. Nach den hier über die Lage in Rumänien vorliegenden Meldungen hat die Verhaftung des früheren Unterstaatssekretärs Manoilescu in ganz Rumänien große Aufregung hervorgerufen. Die Regierung betrachtet die Lage als sehr ernst und das offiziöse Regierungsorgan „Viitorul“ kündigt scharfe Maßnahmen zum Schutz der Verfassung und der Konstitutionellen Ordnung an. Die rumänischen Blätter dürfen über die Verhaftung Manoilescus nichts berichten. Demgemäß erschien das Blatt „Adeverul“ gestern mit großen Zensurlücken. Der gesamte Telephonverkehr mit dem Auslande ist seit Dienstag abend 20.30 Uhr unterbrochen, während der Telegraphen- und Postverkehr unter strengste Zensur gestellt worden ist. Der Verhaftung Manoilescus folgte gestern auch die des Journalisten Nikolai Kocer. Auch dessen Schwester, die Marquise La Rochefaucoult, eine Anhängerin des Prinzen Carol, wurde verhaftet. Nach weiteren Meldungen aus Bukarest soll sich die Lage in Rumänien inzwischen kritisch gestaltet haben. Man befürchtet eine ernstere Aktion der Carolfreunde. Die Regierung unternimmt daher Schritte, diese Aktion bereits im Keime zu ersticken. Sämtliche staatlichen und öffentlichen Gebäude stehen seit Mittwoch unter militärischer Bewachung. Die Regierung hat den Führern der Opposition mit Verhaftung gedroht, falls sich ein ähnlicher Versuch zur Trübung der Staatsordnung wiederholen sollte.

Wie die Blätter aus Paris melden hatte ein Havasvertreter mit dem Exkronprinzen Carol von Rumänien einer Unterredung über die Verhaftung Manoilescus. Der Prinz gab in dieser Unterredung zu, daß Manoilescu der Ueberbringer von Briefen an rumänische Parteiführer und an den rumänischen Ministerpräsidenten selbst gewesen sei. In diesen Briefen habe er, seine Thronrechte wieder geltend gemacht, wie er es dem „Matin“ gegenüber in einem Interview am 31. 7. getan habe. Die rumänische Zensur habe aber diese damalige Erklärung unterdrückt. Das rumänische Volk aber habe ein Recht darauf, sich in der Frage der Dynastie ein freies Urteil zu bilden.

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Norwegen

Oslo, im Oktober.

Das amtliche Ergebnis der Wahlen zum norwegischen Storthing liegt jetzt vor. Es zeigt, daß nunmehr in allen vier nordischen Staaten — Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen — die Sozialdemokratie die stärkste Parlamentsfraktion bildet.

Die Zunahme der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geht allerdings über ihre eigenen Erwartungen und die Befürchtungen der bürgerlichen Parteien hinaus. Von zweiunddreißig Mandaten ist sie auf neunundfünfzig, also um siebenundzwanzig, gestiegen. Dieser Erfolg ist zunächst, taktisch genommen, dem vor wenigen Monaten erfolgten Zusammenschluß der sogenannten Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen Partei zu verdanken. Nach dem Kriege hatte sich die norwegische Sozialdemokratie in ihrer Hauptmasse zu einem kommunistischen Programm bekannt u. erst die diktatorisch kurzsichtigen Einwirkungsversuche Moskaus auf die inneren norwegischen Parteiverhältnisse brachten es dazu, daß sich die Arbeiterpartei später wieder entschieden von Moskau abwendete. In dem Storthing von 1924 war diese Arbeiterpartei mit vierundzwanzig Abgeordneten vertreten, die sozialdemokratische Partei hatte acht und die Moskauer Kommunisten hatten sechs Vertreter. Die kürzliche Vereinigung der Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen Partei hat nun zu dem gemeinsamen großen Erfolg geführt, während die Moskauer Richtung von ihren sechs nur noch drei Sitze behält.

Den größten Verlust des Wahlkampfes trägt die gemeinsame Liste des bisherigen Regierungsblockes, der Rechten und der Freisinnigen Linken (einer freikonservativen Gruppe), die mit Unterstützung der Bauernpartei über 76 Stimmen von den 150 der Volksvertretung verfügte. Die bisherige Rechtsregierung ist jedenfalls unmöglich geworden. Trotzdem dürfte es nicht ohne weiteres gegeben sein, daß die Sozialdemokratie als nunmehr stärkste Fraktion die Regierungsbildung übernimmt oder sich auch nur an ihr beteiligt. Die radikale Vergangenheit der Mehrheit ihrer Vertreter schreckt naturgemäß die bürgerlichen Parteien, ganz abgesehen davon, daß sich die früheren Mitglieder der damals kommunistischen Gruppe kaum von der Ansicht befreien werden, daß sie nur für den Fall einer absoluten Mehrheit eine Regierung bilden wollen. Wahrscheinlicher ist, daß die Linke, die im Jahre 1924 dem nunmehr gestürzten konservativen Kabinett Lykke weichen mußte, jetzt unter ihrem Führer Mowinckel eine Minderheitsregierung bildet und sich dabei die Unterstützung der Sozialdemokratie sichern muß. Ein entschiedener Linkskurs wäre dann auf alle Fälle für Norwegen gesichert und damit auch eine reibungslose Handhabung der politischen und vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland. In erster Linie wird die neue Regierung aber den reaktionären innenpolitischen Kurs des Kabinetts Lykke wieder in Bahnen des sozialen Fortschrittes lenken und die allgemeine wirtschaftliche Notlage nach Möglichkeit, unter gerechter Verteilung der Lasten, mildern müssen. Die starke Stellung der Arbeiterpartei bietet hierzu zweifellos eine Möglichkeit.

Jedenfalls bedeutet die Tatsache, daß nun im ganzen Norden die politische Gestaltung unter dem Einfluß starker Arbeiterparteien steht, ein heilsames Gegengewicht gegen den diktaturunterworfenen Süden und eine Bürgschaft fortschrittlicher Entwicklung wenigstens in diesem Teile Europas.

Die amerikanische Presse gegen Deutschland

Neuyork. Die amerikanischen Zeitungen wenden sich auch weiterhin heftig gegen Deutschland in der Gilbert-Affäre. Das Eingreifen Gilberts hat auch in den amerikanischen Wirtschaftskreisen einen sehr ungünstigen Eindruck hinterlassen. „Neuyork Herald“ stellt fest, daß Deutschland wahrscheinlich damit rechne, daß bei Budgetverschwendung die Reparationen erhaltenden Länder die einzigen Leidtragenden seien. Weiter verweist das Blatt auf den ungünstigen Einfluß, den die deutsche Finanzpolitik auf dem amerikanischen Geldmarkt hervorrufen müsse. Auch „The World, die sonst gegenüber Deutschland sehr gemäßigt ist, gibt Gilbert in jeder Beziehung recht.

Schwartzbard zu 1 Franken verurteilt

Der Abschluß des Petljura-Prozesses

Berlin. Wie die Morgenblätter ergänzend berichten, stellt das Urteil im Petljura-Prozeß noch fest, daß der Angeklagte wohl freigesprochen ist, doch einen Franken Schadenersatz an die Zivilpartei zu entrichten hat.

*

Paris. In Erwartung des Urteilsspruches im Petljura-Prozeß hatte sich eine außerordentlich zahlreiche Menschenmenge vor dem Justizpalast angesammelt. Die aufgestellten Posten konnten des ungeheuren Andranges nicht Herr werden. Durch die Korridore, die zum Verhandlungssaal führen, drängte sich eine große Menschenmenge gewaltsam bis zu den Eingängen vor. Sie wurde durch die Wache mit Faustschlägen zurückgetrieben. Auch im Gerichtssaale selbst herrschte eine erstaunliche Disziplinlosigkeit. Nur mit Mühe gelangt es den Zeugen und Anwälten ihre Plätze zu erreichen. Bei Eröffnung der Verhandlung erklärte der Vorsitzende Flory, daß er im Falle der geringsten Unruhe den Saal räumen lassen werde. Darauf verlas er die fünf Fragen an die Geschworenen:

1. Ist Schwartzbard schuldig auf Simon Petljura geschossen zu haben?
2. Haben diese Schüsse den Tod Petljuras verursacht?
3. Hatte Schwartzbard die Absicht Petljura zu töten?
4. Hatte Schwartzbard mit Vorbedacht gehandelt?
5. Hatte er Petljura in einen Hinterhalt gelockt?

Als erster erhielt der Verteidiger der Zivilklägerpartei, Anwalt Vilm. Er begann seine Rede mit einem Angriff gegen die Juden und erklärte jede Rasse und jedes Volk wähle sich nach eigenem Geschmack seine Helden. Israel habe sich Schwartzbard zum Helden auserkoren. Er befürchte, daß diese Wahl ihm Unglück bringen werde. Für ihn, Vilm, sei es erwiesen, daß Schwartzbard in sündigen Beziehungen zu dem Bolschewisten stand. Petljura sei ermordet worden, weil er einer der hervorragendsten Gegner des Bolschewismus war.

Hierauf folgten die Reden des Vertreters der Zivilpartei, die die Verurteilung Schwartzbards forderten. Infolge der Sympathiekundgebungen für Schwartzbard wurde die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederbeginn der Verhandlung erhielt der Staatsanwalt Reynaud das Wort, der mit schärfsten Worten die Verurteilung Schwartzbards verlangte. Als Petljura nach Paris gekommen sei, sei er nur noch der Schatten eines großen Namens gewesen. Er schloß seine Rede mit den Worten, bei derartigen Verbrechen habe man nur einen Gedanken, die Augen zum Himmel zu erheben, aber der Himmel blieb dunkel und antwortete nicht.

Nach der Rede des Staatsanwalts ergriff der Verteidiger des Angeklagten, Torres, das Wort. Er gab eine lebendige Schilderung der Verbrechen durch die Soldaten und Kosaken unter der Parole „Es lebe unser kleiner Zar Petljura!“ Der Redner schilderte dann die Judenpogrome und schloß sein Plädoyer schließlich mit den Worten: Wenn Ihr den Angeklagten nicht freisprecht, so werdet Ihr den tieferen Sinn dieses Prozesses fälschen und Ihr werdet auch die Gesinnung Frankreichs fälschen. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo sich die Stimme Frankreichs erheben soll. Sie wird nicht geschmälert aus dieser Verhandlung hervorgehen.

Die Schlußworte Torres wurden mit großem Beifall aufgenommen, so daß sich der Präsident gezwungen sah, den Saal zum zweiten Male räumen zu lassen. Hierauf zogen sich die Geschworenen in den Beratungssaal zurück und verkündeten nach ¾ stündiger Beratung ein negatives Urteil, worauf wie schon gemeldet, die Freisprechung Schwartzbards unter lebhaftem Beifall erfolgte.

Wahlvorboten

Fusion der Arbeitspartei mit den Senatoren. — Der Minderheitenblock gebildet. — Spaltung in der Witospartei.

Warschau. In politischen Kreisen kursieren Gerüchte, daß zwischen den Senatoren „Związek Naprawy Rzeczypospolitej“ und der Bartel'schen „Partyja Pracy“ Verhandlungen schweben, die einen Zusammenschluß der beiden Regierungsparteien anstreben. Es wird mit Bestimmtheit damit gerechnet, daß unter dem Einfluß Pilsudski und Bartel eine Vereinigung beider Parteien zustande kommt, so daß bei den kommenden Wahlen die Regierungsparteien als ein Wahlblock auftreten werden.

In Warschau haben in den letzten Tagen die abschließenden Verhandlungen zwischen den Führern der Minderheiten stattgefunden und es heißt, daß die Pläne soweit gediehen sind, daß wiederum mit einem Minderheitenwahlblock gerechnet wird der diesmal alle Gruppen der antinationalen Minderheiten Polens umfassen soll. Nach anders lautenden Berichten wird ein Teil der Minderheitssozialisten an diesem Block nicht teilnehmen, doch schweben darüber noch Verhandlungen. Bekanntlich haben am letzten Minderheitsblock die jüdischen „Bundisten“ und die deutschen Sozialisten in Oberschlesien nicht teilgenommen. Wieweit mit diesen Gruppen Verhandlungen im Gange sind, ist noch nicht zu übersehen.

Innerhalb der Piastenpartei, der sogenannten „Witosgruppe“ bereitet sich seit einigen Tagen eine Spaltung vor. Schon auf der letzten Parteikonferenz machten sich Stimmen geltend, die für ein Zusammengehen mit der Regierung Pilsudski eingetreten sind. Es kam aber zu keiner Entscheidung. Inzwischen haben sich nun einige Abgeordnete der Witospartei in öffentlichen Versammlungen für ein Zusammengehen mit Pilsudski ausgesprochen, darunter der Vizemarschall des Senats Bojko, der in Krakau in öffentlicher Versammlung seine Trennung von der Witospartei vollzog und die Unterstützung des Pilsudskikurses versprach. Bojko ist ein einflußreicher Führer und wird andere Abgeordneten nach sich ziehen, so daß eine Spaltung innerhalb der Piastengruppe als vollzogen betrachtet werden kann.

X.

Für die Verkürzung der Militärpflicht

Eine Entschließung der belgischen Sozialdemokraten für den sechsmonatlichen Militärdienst.

Brüssel. Vor dem Generalrat der belgischen Sozialdemokratischen Partei, der Mittwoch zu einer Sitzung zusammentrat, hielt Vandervelde einen Bericht über die gegenwärtige politische Lage und stellte u. a. fest, daß die sozialdemokratische Partei bis zum äußersten für die Festsetzung einer sechsmonatlichen Militärdienstzeit kämpfen werde. Vandervelde fügte allerdings hinzu, daß er eine Einigung mit der gegenwärtigen Regierung für schwierig halte. Der Generalrat billigte einstimmig den Bericht Vanderveldes und nahm eine Entschließung an, die eine verstärkte Propaganda für die Festsetzung der sechsmonatlichen Militärdienstzeit vorsieht.

Keine sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition in Hamburg

Berlin. Wie der „Vorwärts“ aus Hamburg meldet, sind die sozialdemokratischen Bemühungen um eine Regierungskoalition mit den Kommunisten an der staatsfeindlichen Einstellung der Kommunisten gescheitert. Die Sozialdemokraten hatten sich sogar bereit erklärt, den Justizsenator den Kommunisten zuzusprechen.

Briand Trauzeuge Vanderveldes

Paris. Bei der am 28. Oktober in Paris stattfindenden Trauung des belgischen Außenministers Vandervelde wird der französische Außenminister Briand als Trauzeuge fungieren.

Der polnische Gesandte bei Briand

Paris. Der Besuch des polnischen Gesandten bei Briand wird im Zusammenhang mit dem vor einigen Tagen erfolgten Empfang des litauischen Gesandten gebracht. Man versichert, daß es sich in beiden Fällen um die polnisch-litauische Frage handele, die von der französischen Regierung mit besonderem Interesse verfolgt werde.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

9)

Mit einem Gefühl der Beschämung bekenne ich, daß ihre verführerische Lieblichkeit mich wie eine magische Wolke einhüllte. Fremd mit dem komplizierten orientalischen Temperament, hatte ich Nayland Smith ausgelacht, als er über die Verliebtheit des jungen Weibes sprach. „Liebe im Osten“, hatte er gesagt, „ist wie der Mangobaum des Fakirs. Sie wird geboren, wächst und blüht von der Berührung einer Hand.“ Jetzt las ich ich in diesen Mädchenaugen die Bestätigung seiner Worte. Ihre Kleider oder ihr Haar verbreiteten ein diskretes Parfüm. Wie alle Helfershelfer Fu-Mandschus war sie für ihre Tätigkeit ausgezeichnet gewählt. Ihre Schönheit wirkte wie berauschender Wein.

Barsch aber stieß ich sie zurück. „Sie haben kein Recht auf Gnade! Noch einmal: was haben Sie hier fortgenommen?“

„Ich werde Ihnen alles sagen, was ich weiß — alles, was ich darf“, ächzte sie beklommen. „Wie ich mit Ihrem Freund umgehen müßte, wüßte ich sehr gut, aber nicht wie mit Ihnen. Wenn Sie nur begreifen könnten, würden Sie nicht so grausam sein!“ Die leicht fremdländsche Aussprache erhöhte noch den Zauber ihrer melodischen Stimme. „Ich bin nicht frei, wie es die englischen Frauen sind. Wie ich auch handeln mag — ich handle stets unter einem Zwang, denn es ist der Wille meines Herrn, und ich bin nur eine Sklavin! Oh, Sie haben kein Herz, wenn Sie vergessen können, daß ich Sie neulich vor dem Tode bewahrte!“

Ich hatte diesen Appell befürchtet, ohne mir jedoch im Klaren zu sein, wie ich ihm begegnen könnte. Durfte ich sie der Polizei ausliefern, wenn sie sich vielleicht wegen Mords zu verantworten hatte? So schwieg ich bedrückt, und sie begriff, warum ich es tat.

„Ich verdiene vielleicht keine Gnade. Vielleicht bin ich so schlecht, wie Sie denken. Aber was gehen Sie die Behörden an? Es ist nicht Ihres Amtes, ein Weib in den Tod zu hetzen. Könnten Sie sonst wohl jemals wieder einer anderen Frau in die Augen sehen, einer, die Sie liebt, und von der Sie wissen, daß sie Ihnen vertraut? Oh, ich besitze auf der ganzen Welt keinen einzigen Freund; andernfalls wäre ich ja nicht hier. Seien Sie nicht mein Feind und Richter — seien Sie mein Freund und retten Sie mich — vor ihm!“

Ihre zuckenden Lippen waren dicht bei den meinen. Ihr Atem strich über meine Wange. „Haben Sie Mitleid mit mir!“

In diesen Minuten hätte ich gern die Hälfte von allem, was ich mein eigen nannte, dahingegeben, wenn mir der Entschluß, den ich fassen mußte, erspart geblieben wäre. Welchen Beweis hatte ich schließlich, daß sie freiwillig Dr. Fu-Mandschus Gehilfin war? Außerdem war sie Orientalin, und ihre Anschauungen mußten daher zu den meinen im Gegensatz stehen. Wie unglaublich es auch für abendländische Begriffe klingen mochte — Nayland Smith hatte mir im vollen Ernst angedeutet, daß das Mädchen möglicherweise eine Sklavin sei. Und dann war da noch der andere Grund, warum ich den Gedanken von mir wies, sie der Polizei, zu übergeben. Es war fast gleichbedeutend mit Verrat. Durfte ich meine Hände mit einer derartigen Tat besudeln?

Verzweifelt fühlte ich, wie ihre betörende Schönheit mit meinem Rechtsgefühl rang. Die juwelengeschmückten Finger krampften sich in meine Schultern, ihr gertenschlanker Leib lag bebend an dem meinen, und aus ihren sammetdunklen Augen brannte das heiße Flehen einer leiderfüllt zitternden Seele.

Da aber entsann ich mich des Schicksals des Mannes, in dessen Zimmer wir uns befanden. „Sie lockten Cadby in den Tod!“ knurrte ich hart und schüttelte die Versucherin ab.

„Nein, nein!“ rief sie ungestüm, während sie sich wiederum an mich klammerte. „Nein — bei allem, was mir heilig ist, schwöre ich, daß ich das nicht tat! Ich habe ihn verfolgt, beobachtet — gewiß! Hören Sie: Weil er alle Warnungen in den Wind schlug, hat er den Tod gefunden. Ich vermochte ihn nicht zu retten. Oh, wie könnte ich so tückisch sein? Ich werde Ihnen erklären, warum ich hier bin: Ich habe sein Notizbuch genommen, die letzten Seiten herausgerissen und vernichtet. Dort im Kamin! Das Buch war zu groß, als daß ich es hätte mitnehmen können. Zweimal schon vorher habe ich vergeblich gesucht, ohne es zu finden. Wollen Sie mich nun freilassen?“

„Wenn Sie mir sagen, wo und wie wir Dr. Fu-Mandschu fassen können — ja.“

Ihre Hände fielen schlaff zur Seite, und sie trat einen Schritt zurück. Neue Angst zuckte über ihr erblassendes Antlitz.

„Ich darf ja nicht! Ich darf nicht!“

Sie sah mich leidenschaftlich an. „Nicht, wenn Sie ihn suchen wollten!“ kam es leise über ihre Lippen. Und trotz allen Mißtrauens fühlte ich bei ihren Worten, die soviel verrieten, das Blut heiß in meine Wangen schießen.

Sie ergriff meinen Arm. „Würden Sie mich vor ihm verbergen können, wenn ich zu Ihnen käme und Ihnen alles erzählte, was ich weiß?“

„Die Polizei . . .“

„Bah!“ Der Ausdruck ihrer Mienen wechselte. „Man kann mich auf die Folterbank schnallen — kein Wort würde je über meine Lippen kommen!“ Sie warf den Kopf geringschätzig in den Nacken. Dann zog wieder ein zärtlicher Schleier über den stolzen Blick. „Aber Ihnen würde ich es sagen!“

Sie kam näher und näher, bis ihr Mund dicht an meinem Ohr lag: „Verstecken Sie mich vor der Polizei, vor ihm, vor jedem Menschen — und ich werde nicht länger seine Sklavin sein!“

Mein Herz hämmerte in schmerzhaft wilden Schlägen. Einen solchen Kampf mit dieser Frau hatte ich nicht vorausgesehen; er gestaltete sich jedenfalls weit schwieriger, als ich mir je hätte träumen lassen. Ich begriff, daß sie es mir durch den Reiz ihrer Persönlichkeit, durch ihre drängenden Bitten und auch durch ihren Appell an meine Dankbarkeit unmöglich gemacht hatte, sie dem rächenden Arm der Gerechtigkeit zu überliefern. Ich sah mich entwaffnet — aber in einer höchst peinvollen Situation. Was mußte ich tun? Was konnte ich tun?

Unschlüssig trat ich auf den Kamin zu, in dem noch die Reste verbrannten Papiers schwelten. Als ich mich wieder umwandte, waren kaum mehr als zehn Sekunden verstrichen — aber das Mädchen war verschwunden!

Ich stürzte zur Tür. Der Schlüssel an der Außenseite wurde leise herumgedreht.

„Ma 'alesh!“ flüsterte es durchs Schlüsselloch. „Ich scheue mich, Ihnen vorläufig zu glauben. Es mag Ihnen aber ein Trost sein, zu wissen, daß in meiner Nähe jemand ist, der Sie ohne weiteres getötet hätte, wenn ich es wünschte. Und vergessen Sie nicht: Ich werde zu Ihnen kommen, wenn Sie mich aufnehmen wollen!“

Eilige Schritte huschten die Treppe hinab. Ich hörte Frau Dolans erstickten Ausruf, als die geheimnisvolle Besucherin an ihr vorüberstrich. Die Haustür öffnete sich und fiel geräuschvoll zu

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Politik des Lächerlichen

Wer das bürgerliche Deutschtum Polnisch-Oberschlesiens einigermaßen kennt, wird wissen, daß sich innerhalb seiner politischen Zusammensetzung eine besondere Kaste bildete, die, von einem gewissen Macht- und Herrschdünkel erfüllt, ein Ueberbleibsel aus den wenig rühmlichen Zeiten der Hanne-, Kenne- und Tiedemänner, sich allmählich eine dominierende Stellung in partei- und nationalpolitischer Hinsicht errang. Und diese hat sie, die heute der Volksmund als Fürsorgedeutsche bezeichnet, bei den Kommunalwahlen sehr ausgiebig ausgeschlachtet. In allen Stadt- und Gemeindeparlamenten, wo die Deutsche Wahlgemeinschaft vertreten ist, sitzen ihre Anhänger in der Majorität, wohlgemerkt, die der Kaste. Es braucht daher nicht verwundern, wenn die kommunalen Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft sich durchweg aus Kaufleuten und Beamten zusammensetzen, treffliche Beispiele bieten dafür Kattowitz und Königshütte, während die Arbeiterschaft in einem sehr geringeren Prozentsatz figuriert. Mit dieser Tatsache, wenngleich für die Arbeiterschaft, die einen sehr beträchtlichen Teil des polnisch-oberschlesischen Deutschtumes darstellt, keineswegs erbaulich, hätte man sich schließlich abfinden können, wäre die Voraussetzung gegeben, daß ihre Interessen, soweit sie im Rahmen des kommunalpolitischen Gebietes liegen, bei der Deutschen Wahlgemeinschaft volles Verständnis fänden. — Verfolgen wir nun etwas eingehend ihre Tätigkeit in den einzelnen Parlamenten, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß den Wünschen der Arbeiterschaft in keiner Weise Rechnung getragen wird. Das ist jedoch ein Kapitel für sich; auf das wir später zurückkommen werden. Versagte sie hier mit wenigen Ausnahmen gänzlich, so geriet sie, was andere Fragen des kommunalen Lebens anbetrifft, in eine Strömung, aus der sich eine Politik entwickelte, die wir schlechthin als „Politik des Lächerlichen“ ruhig bezeichnen wollen.

Im Königshütter Stadtparlament scheint die Wahlgemeinschaft diese Politik in Erbpacht genommen zu haben, denn so etwas von Inkonsequenz, Unlogik und Unkenntnis der einfachsten taktischen Begriffe, was wiederholt und besonders anläßlich der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums in Königshütte festgestellt werden konnte, haben wir seit langem nicht gesehen. Die Vorgänge sind ja bekannt. Und nicht wenig wundern müßte man sich, als diese Hanswursterei von einem der Wahlgemeinschaft nahestehenden Presseorgan in einer Weise publiziert wurde, die verflucht viel Aehnlichkeit mit „Kriecherei“ hat. Und das von einem Blatt, daß auf seine Minderheitenpolitik sich sehr viel zugute tut. Der Friede ist geschlossen, zwischen der Deutschen Wahlgemeinschaft und den polnischen Fraktionen natürlich, schrieb es damals pompös und glaubte nun, daß damit eine neue Aera des Segens über Königshütte sich ergießen werde. Und das alles nur deshalb, weil Stadtpräsident Spaltenstein sich schließlich zu einem Zuckerbrot bequemte. Ebenso gescheit wäre es gewesen zu schreiben, die deutsch-polnische Einheitsfront marschiert. Im polnischen Lager hätte dies bestimmt mehr Freude ausgelöst als diese famose Friedensschließung, die nur in den Köpfen der Deutschen Wahlgemeinschaft spukt. Auch nicht viel besser sieht es mit der Arbeit in den anderen Parlamenten, ausgenommen Kattowitz, aus. Wir sehen das auch in Siemianowitz. Auch hier scheint man an einer Kindskopfpolitik viel Gefallen zu finden, die gekränkte Leberwurst zu spielen und dann plötzlich in Friedenstamtam zu machen. Das kann ja sehr schön werden, wenn das so weiter geht.

Uns liegt sehr viel daran, daß in den Parlamenten die nationalen Gegensätze nach Möglichkeit überbrückt werden und gedeihliche Arbeit geleistet wird. Sicher ist das ein schwieriges Unterfangen und wird schwerlich gut durchführbar sein, denn noch sind die Voraussetzungen dazu nicht vorhanden und werden es vorläufig nicht sein, noch immer sind die Gegensätze sehr scharf und an ein Abflauen ist wohl kaum zu denken, solange die deutsche Minderheit das bleibt, was sie heute darstellt. Und darüber ist man sich in der Wahlgemeinschaft anscheinend nicht klar, obwohl dazu nicht viel gehört. Das wäre jedoch nebensächlich, würde sie wenigstens nicht aus einem Extrem ins andere fallen. Heute Obstruktion bis aufs äußerste und übermorgen jämmerliche Kriecherei und nachher ein unsinniger Friedenstaumel. Ist das etwa was anderes als eine Politik des Lächerlichen? Wem soll sie dienen? — Dem Deutschtum in Polnisch-Oberschlesien?

Wenn sich schon diese bevorzugte Kaste des bürgerlichen Deutschtums in Hanswursteleien und Zuckerbroten, letzteren pflegt die Peitsche schnell zu folgen, Gefallen findet, so möge sie sich, um dieser Neigung nicht entbehren zu müssen, sonstwo darin ein Betätigungsfeld suchen, aber nicht da, wo Gesamtinteressen eines starken Bevölkerungsteiles mit aller Kühle und Sachlichkeit gewahrt werden sollen.

Kommunales aus Schwientochlowitz

Einführung des kommissarischen Gemeindevorstehers — Eine Anleihe von 600000 Zloty — Die freigebigen Gemeindeväter

Zu der für den gestrigen Mittwoch anberaumten Gemeindevertretersitzung erschienen die Gemeindevertreter bis auf Herrn Wodecki und Oberdirektor Vogt, vollzählig. Diese Sitzung erhielt durch die Anwesenheit des neuen Starosten H. Szalinski ein besonderes Gepräge. Zudem war es das erste Mal, daß der amtierende Starosta zu einer Sitzung offiziel erschienen ist. Dieses wurde auch nach der Eröffnung der Sitzung durch den Gemeindeschöffen Kaminski besonders gewürdigt. Hierauf ergriff der Herr Starosta das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er die Ereignisse der letzten Zeit innerhalb der Gemeindeverwaltung erwähnte. Demnach war die Revision der Gemeindekasse schon vor seinem Amtsantritt vom Innenministerium angeordnet. Diese ergab so viel Mängel, daß Herr **Wackermann als Bürgermeister von seinem Posten sofort suspendiert werden mußte.** Um nun innerhalb der Gemeindeverwaltung die Ordnung wiederum herzustellen, habe er einen tüchtigen Beamten von der Starostei auf einen Monat der Gemeinde zugeteilt. Er wünschte von den Gemeindevertretern schließlich ersprießliche Arbeit zum Wohle der Gemeinde und des Staates. Hierauf nahm er dem von Ihm eingesetzten kommissarischen Gemeindevorsteher Herrn Pollack seinen Diensteid ab, und verabschiedete sich wiederum.

In seiner Antrittsrede hob Herr Pollack hervor, daß er sich den berechtigten Wünschen der Gemeindevertreter nicht widersetzen werde, so auch nicht dem schon lange vorgelegenen Wunsche, für seine Amtsführung eine Kontrollkommission wählen zu lassen. Er sei kein Glücksspieler und wünsche für sein schweres Amt die Mitarbeit der gesamten Gemeindevertretung. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führte Herr Pollack an Stelle des ausgeschiedenen Gemeindevertreters Wieczorek, Herrn **Sieronski** als Gemeindevertreter ein. Da von der aufzunehmenden Anleihe von 600 000 Zloty vom Zaklad Ubezpieczen erst die Hälfte abgehoben ist, empfiehlt Herr Pollack, die andere Hälfte der bewilligten Anleihe dem oberschlesischen Wirtschaftsfonds zu entnehmen, welcher ein günstigeres Angebot in dieser Beziehung machte. Demnach beträgt dort die Verzinsung nur insgesamt 3 Prozent und ist langfristiger. Auch diese Anleihe soll für den Wohnungsbau Verwendung finden. Des Weiteren wurde ein Statut über die Anstellung und Entlassung von Gemeindeangestellten und Beamten angenommen, das bisher vollständig fehlte. Desgleichen ein Statut über die Pensionierung und Versorgung der Hinterbliebenen sämtlicher Gemeindefunktionäre. Auch wurde ein vorgelegtes Arbeitsreglement für die Gemeindevertreter selbst genehmigt, nachdem die deutsche Fraktion zu Protokoll gab, daß sie sich im Bedarfsfalle auch der deutschen Sprache bedienen kann, wogegen Herr Pollack recht viel Einwendungen machte. Doch fand sich bei der Abstimmung eine Mehrheit für die Protokollierung dieses Zusatzes.

Vom Arbeiterblock wurde in dem neuen Arbeitsreglement auch die Auferlegung von Strafen den Gemeindevertretern durch den Bürgermeister beanstandet. Nach genügender Aufklärung ließ man diese Stelle stehen, da ja doch das Gemeindeparlament selbst über die verhängten Strafen zu bestimmen hat. Laut Beschluß aus der letzten Gemeindevertretersitzung sollte zwischen dem Gondelteich und den Parkanlagen ein Gemeindesportplatz errichtet werden. Nun lag seitens des Gemeindevorstandes ein Gegenantrag vor, wonach der Sportplatz anderwärts errichtet werden soll, um das freiwerdende Gelände zur Erweiterung der Grünanlagen benutzen zu können. Man einigte sich dahin, das Projekt der Baukommission zur weiteren Bearbeitung und Ausarbeitung von Kostenanschlägen zu überweisen. Ein Antrag der hiesigen Feuerwehr, auf Stundung der Rückzahlung einer Anleihe, welche sie zur Gründung einer Musikkapelle erhielt, bis zum 31. Mai 1928 wurde genehmigt.

Für die Handarbeitsschule III wurden auf Antrag der Schulleiterin die Kosten zum Kauf einer neuen Nähmaschine bewilligt. Je 175 Zloty erhalten die Schulen I und III zum Ankauf von Schulmaterial für arme Schulkinder. Des Weiteren lagen auch dieses mal mehrere Unterstützungsanträge vor, die auch zum Teil bewilligt wurden. Es erhielten die Fortbildungsschule zum Ankauf von Sportartikeln 100 Zloty. Die gleiche Summe erhielten die Blinden, die politischen Gefangenen und die Gemeinde Lutowisko, letztere zum Bau einer Kirche. 50 Zloty wurden den polnischen Sportfliegern Kubiak und Orlinski, die den Flug nach Tokio ausführten, bewilligt.

Im allgemeinen war man gestern sehr freigebig. Den Gemeindefunktionären bewilligte man das entgangene Wohnungsgeld für 3 Jahre rückwirkend und fortlaufend. Die Schulkommission wurde durch Herrn Dyrda und Walecki ergänzt. Beim letzten Punkt der Tagesordnung ging es wiederum recht lebhaft zu und zwar bei der beabsichtigten Wahl von 2 neuen Schöffen, was schon in der letzten Sitzung vertagt wurde. Auch dieses Mal wurde die Wahl durch Stimmenmehrheit auf einen späteren Zeitpunkt verlegt und zwar auf Wunsch der deutschen Fraktion bis zu dem Augenblick, wo der Protest wegen der Nichtbestätigung der deutschen Schöffen von den zuständigen Stellen beantwortet wird. Das ging Herrn Pollack anscheinend gegen den Strich, denn er gab seiner Absicht kund, in Kürze extra zu diesem Zweck eine Sondersitzung einzuberufen und den Punkt ohne Rücksicht auf die anwesenden Gemeindevertreter zu erledigen.

Nach Schluß der Tagesordnung bewilligte man der Feuerwehr auf einen Dringlichkeitsantrag hin, den Ankauf von 200 Meter Schläuchen.

Herr Pollack wünschte sich in seiner Schlußsprache noch mal ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den Fraktionen, was den Eindruck erweckte, als wäre ihm der endgültige Bürgermeisterposten in Schwientochlowitz sicher

Das Grubenunglück auf der Kleophasgrube vor Gericht

Wie noch allgemein erinnerlich sein dürfte, ereignete sich am Sonntag, den 12. März d. Js., auf dem Bremsblock 1 West im Blücherflöz der Kleophasgrube ein tragisches Unglück, wobei infolge Kohlengasvergiftung sechs Bergleute, darunter der Steiger Eichmann, der Zimmerhäuer Grütz, der Polier Josephus, die Bergleute Knossala und Ksinowek und ein weiterer Bergknappe den Tod fanden. Der Maurer Schmus, welcher von Josephus gewarnt wurde, in die alte Grubenstrecke weiter einzudringen, konnte sich noch rechzeitig zurückziehen und auf allen Vieren kriechend zum Telephon rüberschleppen, um die Rettungsmannschaft zu alarmieren, da er den Josephus, der den anderen Kameraden folgte, zu Boden sinken sah. Leider war es der Rettungsmannschaft, trotz aufopferungsvoller Arbeit und größter Anstrengungen nicht möglich, die sechs Bergleute ins Leben zurückzurufen.

Am gestrigen Mittwoch wurde vor dem Landgericht in Kattowitz gegen den Betriebsleiter Hugo Wystrichowski und Obersteiger Albin Schneider wegen angeblicher Fahrlässigkeit verhandelt, um die Schuldfrage an dem furchtbaren Unglück festzustellen. Die Beklagten wiesen vor Gericht nach, daß sie entsprechend den Anordnungen des Bergrats dem verunglückten Steiger den Auftrag erteilt hatten, die gefährdeten Stellen auf der alten Strecke vermauern zu lassen, um ein Ausströmen der Gase nach den nebenliegenden, sich noch in Betrieb befindlichen Strecken zu verhindern. Am Freitag vorher, demnach zwei Tage vor dem Unglücksfall, soll Steiger Eichmann nach seinem Rapport, das brauchbare Material mit seinen Leuten in der Strecke abmontiert und die gefährlichen Stellen, an welchen der Gasdurchbruch erfolgte, vermauert haben. Da jedoch nach den Aussagen der Zeugen, Steiger Eichmann darauffolgenden Sonnabend von dem ausfahrenden Steiger Bronder darauf aufmerksam gemacht wurde, daß in der Strecke weitere Gase entströmten und Eichmann an dem Unglückstage mehrere Leute einfahren ließ, obwohl er laut Anweisung des Betriebsleiters zwecks Nachkontrolle zwei Bergleute mitnehmen sollte, wird angenommen, daß Eichmann entgegen den Angaben im Rapport die Vermauerung am vorhergehenden Freitag nicht sachgemäß vornehmen ließ und das Versäumte nunmehr nachholen wollte. Da nach dem Gutachten der Sachverständigen, sowie den Aussagen der Zeugen die Schuldlosigkeit der beiden Angeklagten an dem Unglück erwiesen war, sah sich das Gericht veranlaßt, dieselben freizusprechen, trotzdem der Staatsanwalt je sechs Monate Gefängnis beantragt hatte.

Der Manteltarif für Steinkohlengruben, Grubenkokereien und Brikettfabriken

Dieser Manteltarif ist veraltet und paßt nicht mehr für unsere gegenwärtige Wirtschaftslage, denn im Jahre 1920 hat noch niemand mit der großen Arbeitslosigkeit gerechnet, wie es gegenwärtig der Fall ist. Wir wollen nur einige Fälle herausgreifen, um zu beweisen, wie ungünstig er sich für die Arbeiterschaft auswirkt.

Auf Seite 10 des Manteltarifs, Ziffer D) Bestimmungen für alle Arbeitnehmer, heißt es:

> 1. „Ernährer“ im Sinne vorstehender Bestimmungen ist diejenige Person, die an Stelle des fehlenden oder erwerbsunfähigen Familienvaters erwerbsunfähige Großeltern, Eltern, Kinder oder Geschwister unterhält und mit den Unterhaltenen zusammen wohnt.
>
> In jeder Familie gilt nur eine Person als Ernährer in vorstehendem Sinne, und zwar ist das jeweils die älteste erwerbsfähige Person, soweit diese nicht ausschließlich im Haushalt tätig sein muß.

Am Dienstag, den 25. d. Mts., hatte der paritätische Hauptausschuß in diesem Sinne in zwei Fällen zu entscheiden. Im ersten Falle handelte es sich darum: Von mehreren Kindern war nur ein Sohn einer 62jährigen Mutter in der Grube tätig, welche 15 Zloty Rente resp. Pension bezogen hatte. Der Sohn wäre allerdings als Ernährer angesehen worden, wenn er nicht drei ältere Schwestern hätte, von denen eine 50 Zloty monatlich bei einer Bedienung verdient. Die zwei anderen Schwestern sind arbeitslos, aber nicht arbeitsunfähig, mithin konnte dieser Arbeiter als Ernährer seiner alten Mutter nicht angesehen werden.

Im zweiten Falle handelte es sich um einen ledigen älteren Arbeiter, welcher seinen eigenen Haushalt führt, den ihm seine ältere Schwester besorgt. Auch in diesem Falle wurde dieser Arbeiter nicht als Ernährer seiner Schwester anerkannt, weil seine Schwester arbeitslos, aber nicht erwerbsunfähig ist. Er müßte in diesem Falle ein ärztliches Gutachten vorlegen können, welches beweist, daß seine Schwester arbeitsunfähig ist.

In diesem Manteltarif sind also große Härten durch die eingetretene Wirtschaftskrise für die Arbeiterschaft eingerissen, die nur nach § 15 (Vertragsdauer) des Manteltarifs abzuändern sind. Der Manteltarif kann monatlich beiderseits gekündigt werden. Es wäre daher sehr angebracht, daß die Arbeitsgemeinschaft in einer ihrer Sitzungen dazu Stellung nimmt, und den Manteltarif kündigt, um alle Härten und Unzuträglichkeiten aus diesem auszumerzen und den Manteltarif der Gegenwart anzupassen.

Immer noch Zwischenunternehmer bei den Hütten und Gruben

Schon mehrere Male haben wir uns mit Zwischenunternehmern beschäftigt, die einen großen Teil der Belegschaften beschäftigt. Jede Versuche, sie auszuschalten, waren bisher fruchtlos. Müßten deshalb die Gewerkschaften mit allen Mitteln, gegen diese Volksaussauger vorgehen! Man kann sie ohne weiteres so nennen, weil sie die Hälfte des Verdienstes der Arbeiter, den die Hütte oder Grube zahlt, für sich einstecken und wenn sich einer findet, der den richtigen Lohn verlangt, so wird er auf die Straße hinausgeworfen. Da die Arbeitslosenarmee immer noch sehr groß ist, ist es den Unternehmern sehr leicht gemacht, wieder neue Lohnsklaven zu bekommen. Um erfolgreich den Kampf gegen diese skrupellosen Ausbeuter durchzuführen, haben sich die freien Gewerkschaften entschlossen, zunächst eine Statistik der Unternehmerleute aufzustellen und deshalb haben sich sämtliche Unternehmerarbeiter, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind, im Büro des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Krol.-Huta, (Volkshaus), ul. 3go Maja 6, Zimmer 3, in den Dienststunden zu melden.

Achtung, Knappschaftsälteste!

Am Sonntag, den 30. d. Mts., vormittags 11 Uhr, findet im Saale des Volkshauses eine außerordentlich wichtige Konferenz sämtlicher Knappschaftsältesten des Bezirks statt.

Wegen der Bedeutung der Tagesordnung ist restloses Erscheinen unbedingt erwünscht.

Keine mündliche Aufklärung mehr

Die Zollvorschriften in Polen sind ein versiegeltes Buch, in dem sich selten jemand auskennt. Selbst Zollämter legen die Zollgesetze und die Zolltarife verschieden aus. Wenn jemand bei uns ausländische Ware beziehen wollte, der griff nicht nach dem Zollgesetze, weil das vergebliche Mühe war, sondern ging auf das Zollamt und informierte sich dort. Selbst mit einer solchen Information war es auch nicht immer sicher, weil es nicht feststand, ob der Beamte, der seine Sendung erledigen wird, die Vorschriften so auslegt, wie der Beamte, der ihm die Information erteilt hat. Immerhin konnte niemand auf die Information verzichten, der Waren vom Auslande beziehen wollte. Nun hat die Zoll-

Börsenkurse vom 27. 10. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.83 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.30 zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	46.83 Rmk.

direktion in Myslowitz ein Zirkular an alle Zollämter in Ost-Oberschlesien versendet, in welchem den Zollämtern untersagt wird, künftighin mündliche Informationen zu erteilen. Auskunft wird nur schriftlich und zwar auf nur schriftliche Gesuche, die mit 3 Zloty gestempelt sind, erteilt werden. Für alle diejenigen, die Auslandsprodukte beziehen, bedeutet diese Anordnung, die selbst der Ansicht und Tendenz der jetzigen Regierung widerspricht, ein schwerer Schlag. Wie schriftliche Gesuche bei uns erledigt werden, wissen wir bereits. Die Kaufmannschaft wird hier nicht ruhen können, bis diese Anordnung, die der Handelswelt das Leben erschwert, rückgängig gemacht wird.

Vereinskalender-Angelegenheiten

Wiederholt mußten wir in der letzten Zeit feststellen, daß Vereinskalenderanzeigen von unseren gewerkschaftlichen Ortsgruppen über ein und dieselbe Versammlung in drei- oder gar vierfacher Auflage in unserer Redaktion einlaufen, die fast alle mit der Zeitangabe und den vorgemerkten Referenten nicht übereinstimmen oder überhaupt unverständlich sind. Um für die Zukunft dadurch entstehenden etwaigen Irrtümern und Mißstimmigkeiten vorzubeugen, bitten wir um eine Zentralisierung bei Aufgabe von Vereinsnachrichten, was Angelegenheit der einzelnen Ortsvorstände ist.

Die Red.

Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater.

Freitag, den 28. Oktober, abends 7½ Uhr: „Der Barbier von Sevilla“, Oper von Rossinin.

Sonntag, den 30. Oktober, vormittag 11 Uhr: Einmaliges Gastspiel der Kammer-Oper-Berlin „Der gefangene Vogel“. Ein lyrisches Spiel in 1 Akt von Kara Höcker und „Der verliebte Gesangsmeister“, Singspiel in 2 Akten von Helene Federn.

Sonntag, den 30. Oktober, abends 7½ Uhr: Einziges Tanzgastspiel „Tamara Karsawina“ mit ihrem Partner Wladimiroff.

Montag, den 31. Oktober, abends 7½ Uhr: Freier Kartenverkauf! „Spiel im Schloß“, Lustspiel von Franz Molnar.

Meldepflicht der Mannschaften des Jahrganges 1907.

Auf Grund des Artikels 22 des Gesetzes vom 23. Mai 1924 über die allgemeine Militärdienstpflicht wird nach einer Bekanntmachung des Magistrats in Kattowitz in der Zeit vom 1. November bis einschließlich 31. Dezember d. Js. die Eintragung der militärpflichtigen Mannschaften des Jahrganges 1907 in die Stammrolle durchgeführt. Alle männlichen Personen des genannten Jahrgangs, aber auch diejenigen Militärpflichtigen im Alter von 21 bis 23 Jahren, welche bis dahin ihren militärischen Obliegenheiten nicht nachgekommen sind, müssen sich, sofern sie in Groß-Kattowitz wohnen bezw. einen ständigen Aufenthalt haben und die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, zwecks Eintragung in die Stammrolle beim städtischen Militärbüro in den näher angegebenen Terminen und in nachstehender alphabetischer Reihenfolge einfinden:

Alle männlichen Personen mit den Anfangsbuchstaben:
A bis B am Mittwoch, den 2. November.
C bis D am Donnerstag, den 3. November.
E bis F am Freitag, den 4. November.
G am Sonnabend, den 5. November.
H bis J am Montag, den 7. November.
K bis Km am Dienstag, den 8. November.
Ko bis Kz am Mittwoch, den 9. November.
L am Donnerstag, den 10. November.
M am Sonnabend, den 12. November.
N bis O am Montag, den 14. November.
P am Dienstag, den 15. November.
R am Mittwoch, den 16. November.
S am Donnerstag, den 17. November.
St am Freitag, den 18. November.
T bis U am Sonnabend, den 19. November.
V bis W am Montag, den 21. November.
Z am Dienstag, den 22. November.

An den Wochentagen hat die Anmeldung in den Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am Sonnabend jedoch bis spätestens 1 Uhr nachmittags zu erfolgen. Das Militärbüro befindet sich im Rathaus Bogutschütz, 1. Stockwerk, Zimmer 19. Vorzulegen sind von den Mannschaften die Personalausweise, darunter die Geburtsurkunde und den, bei der Registrierung ausgestellten Ausweis.

Denjenigen Militärpflichtigen, welche aus triftigen und entschuldbaren Gründen verhindert sein sollten, an den vorgenannten Terminen beim Militärbüro vorstellig zu werden, wird die Möglichkeit gegeben, die Anmeldung in der Zeit vom 23. November bis einschließlich 31. Dezember nachträglich vorzunehmen.

Zur allgemeinen Einsicht wird die Stammrolle vom 31. Februar 1928 und zwar zwei Wochen hindurch im Militärbüro ausgelegt. In dieser Zeit können Einsprüche erhoben werden. Ebenso werden Berichtigungen bei falscher Namenseintragung usw. vorgenommen.

Bei Uebertretung der militärischen Anordnung und zwar durch Nichtanmeldung beim Militärbüro, grundlose Verspätung usw. sind Geldstrafen bis zu 500 Zloty, bezw. Arreststrafen bis zu 6 Wochen vorgesehen.

Volkshochschule Kattowitz. Heut, Donnerstag 6 Uhr, Singkreis für Mädchen. Polnischer Sonderkurs für Schüler. 7 Uhr, Polnisch für Anfänger, 7,15 Uhr, Polnisch für Fortgeschrittene (Rektor Soika). — Nächsten Mittwoch 8 Uhr, Deutsche Geschichte und im Laboratorium der Mittelschule ein neueingerichteter Kurs: Praktische Chemie mit Experimenten von Mittelschullehrer Böse.

Registrierung des Jahrganges 1907 in Janow. Laut einer Bekanntmachung des hiesigen Gemeindevorstandes, müssen sich alle männlichen Personen des Jahrganges 1907, in der Zeit vom 1. November im hiesigen Gemeindeverwaltungsgebäude, Zimmer 6, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags zwecks Registrierung zum Militärdienst zu melden.

Zur Kartoffelverteilung in Janow. Die Gemeinde Janow erhält nach der Instruktion des Verteilungsschlüssels der Wojewodschaft 500 Tonnen = 10 000 Zentner Kartoffeln für Arbeitslose und Ortsarme zugewiesen. Anträge auf unentgeltliche Kartoffelzuweisung sind auf 1100 eingegangen, von denen nur 700 als berechtigt anerkannt wurden, während die anderen Anträge vorläufig abgewiesen werden mußten. Eine Verteilung der Kartoffeln ist bis heute noch nicht erfolgt, da noch kein einziger Waggon eingegangen ist. Nach der Instruktion der Wojewodschaft, rechnete man bis zum 31. Oktober mit der Beendigung der Verteilung, was aber in diesem Jahre nicht möglich sein wird.

Domb-Josefsdorf. (Aus der Partei.) Am Sonntag, den 23. Oktober fand hier die Parteiversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften statt. Der Besuch derselben war nicht dementsprechend, wie man sich es gewünscht hatte. Es zeigt sich aber in letzter Zeit, daß die Frauen sich bemühen, zahlreicher zu den Versammlungen zu erscheinen als die Männer. Und so konnte man hier konstatieren daß die Solidarität der Frauen einen Fortschritt im Interesse der Arbeiterschaft macht, was so manchem unserer Genossen und Kollegen zu denken geben könnte. Zu dieser Versammlung erschien der Sejmabgeordnete Gen Kowoll, der in seinem 1¼ stündigem Referat so manchem von den Anwesenden das Gewissen aufrüttelte. Mit großer Aufmerksamkeit wurden seine Ausführungen entgegengenommen mit dem Hinweis, besonders die Rechte und Pflichten der Arbeiterklasse zu wahren. Redner führte an Hand von Beispielen die Gefahren der Arbeiterklasse infolge mangelnder Schulung vor Augen. Nach der Diskussion, die sich mäßig entwickelte, gab Redner allen die richtige Aufklärung, so daß nach dem Schlußwort in der Tagesordnung fortgefahren werden konnte und man zum nächsten Punkt einen Vorstand der Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt“ bildete, der sich aus sechs Personen zusammensetzte. Zugleich wurde wegen unregelmäßigen Kassierens der Beiträge auf Beschwerden der Mitglieder der Josefsdorfer Kassierer seines Amtes enthoben und an seine Stelle ein anderer Kassierer gewählt, der auch das Versprechen gab, in nächster Zeit seine Tätigkeit aufzunehmen. Damit erreichte die Tagesordnung ihr Ende und der 1. Vorsitzende schloß dieselbe um 1,30 Uhr nachmittags.

Königshütte und Umgebung

Mitgliederversammlug der D. S. A. P.

Am Dienstag, den 25. d. Mts. hielt der hiesige Parteiverein eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung war reichhaltig und enthielt u. a. einen Bericht über die letzte Sitzung des Stadtparlaments sowie einen Vortrag des Genossen Dr. Wolff. Nach Erledigung der üblichen Eröffnungsformalitäten gab Genosse Mazurek ein klares Bild über den Gang der stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung, das debattelos entgegengenommen wurde. Ihm folgte Genosse Dr. Wolff, Kattowitz, mit dem Referat „Die Ereignisse in China“. Ausgehend von der geographischen Lage Chinas, behandelte er die jahrtausend alte Kultur und die Lebensweise des chinesischen Volkes. Sodann ging er über zu den früheren Aufständen, die sich zu der heutigen großen Volksbewegung entwickelten, und deren Ursachen. Da vielfach Meinungen bestehen, daß die Vorgänge in China für uns bedeutungslos sind, erörtert Redner das Nachspiel für Europa im allgemeinen und Polen im besonderen. An Hand einer Karte gelang es Gen Dr. Wolff besagtes Kapitel für alle verständlich zu behandeln, wofür ihm von dieser Stelle noch nachträglich gedankt sei. Der Vortrag bildete jedenfalls eine Abwechslung, was ja von den Anwesenden restlos anerkannt wurde. — Zum letzten Punkt gelang zunächst ein Schreiben des bisherigen Vorsitzenden, Redakteurs Helmrich zur Verlesung, worin dieser sein Amt infolge Verzuges nach Kattowitz niederlegt. Hiervon wurde Kenntnis genommen und Genosse Mazurek mit der Geschäftsführung bis zur Generalversammlung betraut. — Eine weitere Frage bildete die der Kinderfreundebewegung, deren Auflösung in einer letzthin erfolgten Sitzung beschlossen worden ist. In einer späteren Zusammenkunft erfährt dieser Punkt eine nochmalige Aufrollung. Damit wurde die nicht sehr stark besuchte Versammlung gegen 10½ Uhr geschlossen.

Deutsches Theater Königshütte. Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, bietet sich Gelegenheit die Opernkräfte des Landestheaters kennen zu lernen. Zur Aufführung kommt die Oper, „Der Barbier von Sevilla“ von Rossini. Mitglieder von deutschen Gewerkschaften haben zu dieser Veranstaltung Ermäßigung. Die Kasse wird um 5½ Uhr geöffnet. Tel. 150

Eine Rechnung ohne den Wirt

Die Budgetkommission des schlesischen Sejms, wollte unlängst Budgetüberschüsse der ersten drei Monate des laufenden Jahres, in der Höhe von 4 Millionen Zloty verteilen. Dazwischen kam das Schreiben des Wojewoden, in welchem es hieß, daß die Budgetüberschüsse als Tangente nach Warschau abgeführt werden müssen. Daraufhin unterbrach die Budgetkommission ihre Sitzung Die Tangentenfrage erfordet eine Klärung, damit wir wissen, woran wir sind. Das organische Statut der schlesischen Wojewodschaft bestimmt, daß die Warschauer Regierung alljährlich an den Einnahmen der schlesischen Wojewodschaft teilnehme. Auf Grund dieser Bestimmung stellt das Finanzministerium in Warschau jedes Jahr einen Betrag in sein Jahresbudget, welcher als Tangente bezeichnet wird. Im Jahre 1925 und 1926 stand der Betrag von 17 Millionen Zloty und im Jahr 1927 hat das Finanzministerium 12 Millionen Zloty als Tangente aus Schlesien eingesetzt. Nach dem organischen Statut soll die Anteilnahme Warschaus von den Bruttoeinnahmen der schlesischen Wojewodschaft gezahlt werden. Die schlesische Wojewodschaft hat auch anfangs die Tangente in verschiedenen Formen gezahlt, so z. B. es hat aus eigenen Budgetgeldern Eisenbahnlinien gebaut, welche Pflichten lediglich der Zentralregierung obliegen. In den letzten Jahren hat der schlesische Sejm in das Budget keinen Betrag als Tangente mehr eingesetzt und auch nichts abgeführt. Das ist lediglich auf die unklaren Bestimmungen des organischen Statuts für die schlesische Wojewodschaft zurückzuführen. Das polnische Finanzministerium hat formell Recht, wenn es in sein Budget einen bestimmten Betrag als Tangente einsetzt, weil das organische Statut für die schlesische Wojewodschaft eine solche Anteilnahme an den Einnahmen vorsieht. Doch ist das nur ein formelles Recht, der Zentralregierung, weil die Tangente, nur für den Fall vorgesehen wurde, wenn alle Staatseinnahmen in der schlesischen Wojewodschaft durch die Wojewodschaft eingezogen werden. Dieser Grundsatz wurde eben durchbrochen und die Warschauer Zentralregierung, unbekümmert um das organische Statut gewisse Steuerarten auf unser Gebiet ausgedehnt und die Steuer gänzlich für sich verwendet. Wir verweisen an die Vermögenssteuer, die bei uns viel böses Blut gemacht hat und die Warschau direkt für sich eingezogen hat. Auf dem Finanzgebiete, besteht bei uns ein Durcheinander. Wir werden von der Gemeinde, der Wojewodschaft und der Warschauer Regierung besteuert. In der letzten Zeit meldet sich noch die Kirche, die ebenfalls in unsere Taschen greifen will, bezw. schon gegriffen hat. Der schlesische Sejm war der Ansicht, daß die Tangentenfrage durch direkte Steuerauferlegung bereits erledigt wurde, weil sich Warschau eigenhändig Einnahmen aus der schlesischen Wojewodschaft holte. Nun scheint der schlesische Sejm die Rechnung ohne den Wirt gemacht zu haben, weil die Warschauer Zentralregierung, trotz der direkten Besteuerung weiterhin auf die Zahlung der Tangente besteht.

Nachdem aber der schlesische Sejm keinen besonderen Betrag in das Jahresbudget einsetzte, legt Warschau die Hand auf die Budgetüberschüsse. Damit wurden auch die weitgehendsten Pläne des Ch. D.-Sejmklubs durchkreuzt, der da noch vor den Wahlen die Flüchtlingsfrage und noch andere brennende Fragen aus den Budgetsüberschüssen „lösen“ wollte. Immerhin ist es die höchste Zeit, daß endlich die finanzielle Frage zwischen Warschau und der schlesischen Wojewodschaft geregelt und das „Mein“ und „Dein“ klar umschrieben wird. Das organische Statut für die schlesische Wojewodchaft, muß dahin geändert werden, daß die Rechte und Pflichten der Wojewodschaft der Zentralregierung gegenüber klar und deutlich ausgedrückt werden, damit solche unliebsame Dinge, wie z. B. die Tangentenfrage nicht mehr auftauchen.

Die Gesundheitskommission, die von den Stadtverordneten gewählt worden ist, hat ihre erste Sitzung bereits abgehalten und Sonderkommissionen gewählt, die sich in der Stadt betätigen werden und zwar im nördlichen- und eine im südlichen Stadtteil. Im nördlichen Stadtteil besteht dieselbe aus 3 Mitgliedern, eines Arztes und 2 Polizeibeamten. Es wurden mehrere Höfe, Lagerräume, Werkstellen und sonstige Anlagen in Augenschein genommen. Im großen ganzen war das Resultat als ziemlich günstig zu bezeichnen, mit Ausnahme von einigen Lebensmittelfabrikationsgeschäften, wo starke Beanstandungen gemacht wurden und man den einzelnen Firmen eine kurze Frist zur Beseitigung der Uebelstände gab, weil die Gefahr vorhanden ist, daß gesundheitliche Nachteile entstehen könnten. In nächster Zeit werden die Kommissionen ihre Tätigkeit weiter ausüben und müssen die Resultate dem Magistrat, sowie der Wojewodschaft weiter berichtet werden. Die hiesigen Bürger werden gebeten diese Kommissionen nach Möglichkeit zu unterstützen, denn davon hängt die Gesundheit des Volkes ab, denn manche Firmen, sowie Hausbesitzer versündigen sich darin sträflich.

Die Kartoffelverteilung fast beendet. Die Kartoffelverteilung an die bedürftige Bevölkerung geht ihrem Ende entgegen. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind die diesjährigen Kartoffeln als gut zu bezeichnen und daher sind auch gar keine Beschwerden vorgekommen. Sollten noch irgendwo welche Personen ihre Zettel nicht abgeholt haben, so sollen diese möglichst bald dieselben in Empfang nehmen, weil sie später Gefahr laufen, daß sie keine mehr erhalten, wenn die Verteilung abgeschlossen wird, oder sollten noch Bedürftige vorhanden sein, die aus Unkenntnis sich nicht gemeldet haben, so sollen sie dieses sofort nachholen. Alle diejenigen, die Kartoffeln bekommen haben, werden später auch Kohle erhalten. Die Kohlenverteilung steht noch nicht fest, aber sobald die Kartoffelverteilung erledigt ist, wird die Kohlenverteilung erfolgen. Der Wettergott hat diesmal auch mit den Armen Erbarmen gehabt. Jetzt fehlt noch die Winterkleidung. Hoffentlich wird die Wojewodschaft oder die einzelnen Magistrate auch hierzu recht bald Stellung nehmen, damit vor Eintritt einer strengeren Kälte auch dieses erledigt wird.

Siemianowitz

Die Arbeitslosen, welche ihre Unterstützung jeden Dienstag erhalten, empfangen diese für die nächste Woche schon am Montag, den 31. Oktober, von 8—3 Uhr.

Pleß und Umgebung

Klagen über die Wojewodschaftskartoffeln.

Aus Nikolai hört man wenig Erbauliches über die dort bereits zur Verteilung gelangten Kartoffeln an die Arbeitslosen und den anderen Teil der ärmeren Bevölkerung. Ein nicht geringer Prozentsatz der Kartoffeln soll ver- und angefault sein, während der Rest sich mehr zur Viehfütterung eignen soll. Was mit solchen Kartoffeln unsere Bedürftigen, für welche sie die Hauptnahrung bedeuten, anfangen sollen, wird man kaum beantworten können. Mußten verfaulte Kartoffeln von der Verteilungskommission, die in erster Linie für gute Qualität zu sorgen hatte, angenommen werden? Aber wie man hört, soll diese Kommission ihre Aufgaben in ganz was anderem erblicken als für gute Kartoffeln zu sorgen. Daß besonders in Arbeitslosenkreisen über diese miserablen Kartoffeln keine gute Stimmung vorhanden ist, kann man begreiflich finden.

Rybnik und Umgebung

Ein Sprengstoffattentat. In der Nacht von Montag zu Dienstag wurden in der dritten Morgenstunde gegen die Beamtenhäuser der Römergrube zwei Sprengstoffattentate verübt. Menschenleben sind dabei glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen; auch größerer Sachschaden ist nicht entstanden. Eine Bombe grub in der Erde ein großes Loch und zertrümmerte lediglich Fensterscheiben. Allem Anschein nach richten sich die Anschläge gegen zwei Beamte der Grube, die der deutschen Minderheit angehören.

Schweres Autounglück. Bei Zawisc, auf der Chaussee Orzesche nach Sohrau, ereignete sich ein schwerer Autounfall. Der mit fünf Personen besetzte Wagen, der von Bielschowitz kommend nach Sohrau zu einem Begräbnis fuhr, wollte einem Fuhrwerk ausweichen. Hierbei kam der Kraftwagen ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Sämtliche Insassen erlitten schwere Verletzungen, darunter auch eine Frau von 75 Jahren. Die Verletzten wurden nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Untersuchungen sind im Gange.

Jubiläum ohne Freude

Von Peter Garwy.

Die Flaggen sind aufgezogen. Mit der Festsitzung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets begann am 15. Oktober die offizielle Feier anläßlich des zehnjährigen Jubiläums der bolschewistischen Machtergreifung. Alle Kunstarten sind mobilisiert, um dem Fest einen noch nie dagewesenen Prunk zu verleihen. Es klopften die Hämmer, es winseln Sägen, es schwingen fieberhaft die Pinsel und Quaste. Rot, mehr Rot! Auf den geschichtlichen Plätzen der beiden russischen Hauptstädte werden großartige Batailledekorationen aufgerichtet, um vor den erstaunten Augen der aus allen Ländern zusammengebrachten „Arbeiterdelegationen" die „heroische Vergangenheit" der bei weitem nicht unbefleckten Empfängnis der bolschewistischen Diktatur zu beleben.

Aber in das feierliche Getöse dringt immer lauter die schneidende Dissonanz. Der rastlose Fraktionskampf innerhalb der heute triumphierenden KPDSU, loderte gerade in den letzten Tagen auf, als ob mit Absicht die Freudlosigkeit dieses Festes unterstrichen werden sollte. Und in der Tat ist es schwer, indem man dem Hammerklopfen zuhört, zu verstehen, ob eine Feierbühne für den heutigen Triumphatoren und Jubilare oder Gerüste mit der Guillotine für Trotzki und Konsorten aufgerichtet werden...

Es ist kein Zufall, daß das Feiergetummel durch die verstärkten Repressalien gegen die Parteiopposition begleitet wird. Es ist kein Zufall, daß der allmächtige Diktator Stalin auch das Jubiläum der Sowjetmacht als eine Arena, als ein Werkzeug des vernichtenden Kampfes gegen die Opposition auszunutzen sucht. Es ist kein Zufall, daß die Festreden in den Paradesitzungen mit dem Haß gegen die Opposition vergiftet sind und zur entschiedenen Liquidierung der „innerlichen Feinde" auffordern, die ihre kriegskommunistischen Illusionen und Bestrebungen aus der „heroischen Vergangenheit" dem bürgerlich-thermidorianischen Umwandlungsprozeß von heute entgegenzustellen versuchen. Es sieht so aus, als ob die „Fahne des Kommunismus" recht hat, indem sie aus Moskau berichtet, daß Stalin ein „Programm" der Liquidierung der kommunistischen Revolution in Einzelheiten schon ausgearbeitet habe. Nach diesem strategischen Plan beabsichtige Stalin die Revolution „Matt in drei Zügen" zu machen, und zwar zuerst die Jubiläumsfeier für die Inszenierung und Demonstration der „Volksanerkennung" der gegenwärtigen Partei- und Staatsspitzen, dann der Parteitag im Dezember zum Zweck der endgültigen Liquidierung der ketzerischen vermutlich „kleinbürgerlichen" Oppositon, zum Schluß ein thermidorianisch-bonapartistischer Staatsstreich unter dem Deckmantel der „Rettung der bolschewistischen Revolution" von einer Gefahr eines gegenrevolutionären Umsturzversuches seitens der Trotzkisten, „bürgerlichen Prteilosen", weißgardistischen Monarchisten.

Nur das eine unterliegt keinem Zweifel: Der Parteistreit nähert sich der entscheidenden Phase. Beide Seiten scheinen von der Unvermeidlichkeit der entscheidenden Kraftprobe überzeugt zu sein, beide greifen zu den letzten Kampfmitteln, die in ihrer Verfügung noch stehen. Dabei befindet sich freilich die Parteimehrheit in der weit günstigeren Lage als die in „die Untererde" gedrängte und zu den Mitteln der illegalen Tätigkeit gezwungene Parteiopposition. Umsonst protestiert die letztere gegen die Einmischung der Staatspolizei, der fürchterlichen GPU. in den innerlichen Parteikampf. Umsonst hat vor kurzem der mit Trotzki aus der Ekki ausgeschlossene Wujowitsch in einem an das ZK. der KPDSU. gerichteten Schreiben seinen flammenden Protest erhoben gegen die unjoviale Ausnutzung des Staatsapparates durch Stalin zu dem Zweck der künstlichen Sicherung einer gefügigen Parteimehrheit auf dem bolschewistischen Parteitag. Verspätete Proteste und Klagen! Stalin setzt nur die bonapartische Methode Sinowjews, Trotzkis, Kamenews, die echt leninistische Fälschungstradition der sogenannten „Parteidemokratie" fort. Es ist jetzt zu spät, sich darüber zu beklagen, daß die Staatsmacht und die Staatspolizei sich in den inneren parteilichen „Gedankenkampf" und Richtungsstreit einmische. Gerade Trotzki war der Grundleger der quasi marxistischen „Theorie" über die Notwendigkeit eines „Zusammenwachsens" der Partei und des Staates als einer Vorbedingung und Garantie der siegreichen Diktatur des Proletarismus. Die Parteiopposition, aus allen legalen Positionen verdrängt, kämpft mit Verzweiflung, um sich über dem Wasser zu halten, und wenn nicht — dann wenigstens sich in der „Untererde" zu befestigen. Aber unter dem bolschewistischen Terrorregiment sind die illegalen Möglichkeiten viel geringer als in den Zarenzeiten. Es ist beachtenswert, daß die russische Parteiopposition sich genötigt sah, im Ausland ein Sprechrohr „Die Fahne des Kommunismus" zu schaffen. Es scheint der erste Schritt auf dem Wege der Uebertragung der illegalen Tätigkeit der Parteiopposition nach dem Auslande zu sein. Aber die russischen Oppositionellen denken kaum über die beachtenswerte Tatsache nach, daß sie ihr linkskommunistisches Sprechrohr ausgerechnet im Lande einer „verächtlichen", durch „Sozialverräter" geschaffenen und gefestigten bürgerlichen Demokratie herausgeben müssen, während in dem „ersten Lande der proletarischen Diktatur" eine harmlose Vervielfältigung der Oppositionsdokumente als ein „schweres Verbrechen" gebrandmarkt und verfolgt wird.

Und doch verleugnet umsonst die „Prawda" die Parteiopposition, indem sie in der letzten das Streben nach Unterminierung der „proletarischen Diktatur" und ihrer Ablösung durch eine bürgerliche Demokratie zuschiebt. Mit beiden Füßen steht die Opposition gleich der Mehrheit auf dem Boden der Diktatur und der allgemeinen Rechtlosigkeit. Ihre Angst vor einer demokratischen Volksbewegung beweist es. Der Weg der Opposition ist kein Weg der Volksbetätigung, des Massenkampfes gegen die Diktatur, sondern ein Weg der Parteimanöver und Verschwörungen im Stile der Palastrevolutionen.

Zu den letzten Tagen haben Trotzki und Sinowjew zum zweitenmal versucht, eine Bahnhofsdemonstration zu inszenieren, um ihre Popularität ans Licht zu bringen. Wie die bolschewistischen Zeitungen berichten, haben die Arbeitermassen, die in Petersburg vor dem Bahnhof zur Begrüßung der ankommenden Festgäste zusammengebracht wurden, das Erscheinen der wirklichen Heroen der „glorreichen Oktoberrevolution". Trotzkis, und des ehemaligen unbegrenzten Sultans von Leningrad, Sinowjews, mit einem Totenschweigen aufgenommen, das nur durch das Pfeifen und Zischen der Stalinschen Claqueure unterbrochen wurde...

Wie tragisch dürften Trotzki und Sinowjew dies Schweigen der Leningrader Arbeiter empfinden! Das Proletariat schweigt, als auf dem Spiele nach der Ueberzeugung der Oppositionsführer das „Schicksal der Eroberungen der Oktoberrevolution" stehe! Aber daran liegt es eben, daß der Führerkampf um die Leninsche Herrschaft, um die unbegrenzte Macht in dem Sowjetreiche wird außer und ohne die Volksbeteiligung ausgefochten. Das ist es eben, daß das allmächtige (nach der Sowjetverfassung) Proletariat nach zehn Jahren auf der politischen Bühne degradiert ist. Die Arbeiterschaft wie das ganze werktätige Volk schweigt — oder schreit gehorsam Hurra! — nicht, weil es wirklich in einem „Arbeiterparadies" wohnt, sondern weil es in den Zangen des Terrors zusammengedrückt ist und den Geschmack der Freiheit wie das Glauben an seine Kraft verloren hat. Dies Schweigen im Herzen der Arbeiter kann durch keinen lauten Festjubel überschrien werden.

Polens wirtschaftlicher Aufstieg

Ueberraschende Entwicklung — Stabilisierungsanleihe und Zollkrieg

Ueberwindung der Wirtschaftskrise und Stabilisierung des Kapitalismus in Polen — so kennzeichneten übereinstimmend der halbamtliche „Glos Prawdy" wie der oppositionelle sozialistische „Robotnik" bereits vor Monaten das wirtschaftliche Ergebnis der Maiumwälzung Pilsudskis, mit der ursprünglich so ganz andre Erwartungen verknüpft waren. Man muß sich bei dem dieser Tage erfolgten Abschluß der polnischen Dollaranleihe, die doch nur im Vertrauen auf jene Stabilisierung zustande kommen konnte und sie gewissermaßen krönt, unwillkürlich der obigen Charakteristik erinnern. In der Tat ist es gelungen, den freilich bereits 1926 beginnenden Aufstieg der polnischen Wirtschaft weiter zu erhalten und noch zu fördern.

Anwachsen der Produktion und Staatseinnahmen.

Die bereits vorliegenden Vergleichsangaben der „Statistischen Hauptverwaltung" Polens, die im „Glos Prawdy" (Nr. 173) wiedergegeben sind, zeigen vor allem ein Steigen der Produktion in den sogenannten Grundindustrien, namentlich in der Berg- und Hütteninduſtrie. Hiernach betrug die durchschnittliche Monatsproduktion (in tausend Tonnen):

	1. Halbj. 26	2. Halbj. 26	1. Halbj. 27
Steinkohle	2327	3628	3088
Roheisen	243	303	457
Rohstahl	506	819	1001
Rohzink	99	107	120

Dieser Aufstieg der Grundindustrien ist, insbesondere im Verein mit dem gesteigertem Verbrauch industrieller Rohstoffe und Halbfabrikate (vergleiche unten), für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft sicher kennzeichnend. Ergänzend sei auch darauf hingewiesen, daß beispielsweise die für die Landwirtschaft so wichtige Produktion von Kunstdünger ebenfalls im ständigen Steigen begriffen ist (1924: 299 000 Tonnen, 1925: 515 000 Tonnen, 1926: 613 000 Tonnen).

Die gleiche Aufwärtsbewegung zeigen auch die Staatseinnahmen: diese betragen vom Beginn des laufenden Budgetjahres an, das heißt vom 1. April bis Juli dieses Jahres einschließlich, 815 Millionen Zloty, denen 713 Millionen Zloty an Ausgaben gegenüberstehen, was ein Plus von 102 Millionen Zl. ergibt, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres die Einnahmen 601, die Ausgaben 605, das Minus also 4 Millionen Zloty betrug. Eine Zunahme zeigen hierbei durchweg alle Arten der Staatseinahmen, namentlich auch die Zölle, die bekanntlich die Pfandgrundlage der neuen Anleihe bilden (zum Beispiel betrugen im Juni dieses Jahres die Zolleinnahmen 22 Millionen Zloty, gegenüber 14 Millionen im gleichen Monat des Vorjahres).

Steigender Außenhandel auch mit Deutschland.

Dieses Wachstum der Zolleinnahmen deutet auf steigenden Warenverkehr mit dem Auslande hin. In der Tat: nicht nur der Transitverkehr über Polen hebt sich andauernd (Tagesdurchschnitt passierender Güterwagen 1925: 715; 1926: 855; Januar-April einschließlich 1927: 1980), sondern ebenso auch die Ein- und Ausfuhr. Die Einfuhr der ersten Jahreshälfte 1927 beträgt 819,9 Millionen Zloty (gegenüber nur 351,9 Millionen Zloty im ersten Halbjahr 1926), die Ausfuhr 708,5 (573,6). Freilich ist durch die gesteigerte Einfuhr die im Vorjahre aktiv gewesene Handelsbilanz dieses Jahr passiv geworden. Diese Passivität erklärt sich aber durch die ungenügende Ernte des Jahres 1926, die eine Einfuhr von Lebensmitteln notwendig machte. Im übrigen ist aber auch die Einfuhr gewerblicher Rohstoffe und Halbfabrikate stets gestiegen, wie die folgende Tabelle veranschaulicht:

Einfuhr im ersten Halbjahr

	1927	1926
Rohstoffe und Halbfabrikate für die Hütttenindustrie	48.3 Mill. Zl.	14.4 Mill. Zl.
Rohstoffe und Halbfabrikate für die chemische Industrie	52.5 „ „	29.5 „ „
Rohstoffe und Halbfabrikate für die Textilindustrie	180.3 „ „	98.4 „ „
Gesamteinfuhr von Rohstoffen und Halbfabritaten	348.7 „ „	174.6 „ „

Es ist sehr bemerkenswert, daß trotz des nun jahrelang dauernden Zollkrieges zwischen Deutschland und Polen die eben geschilderte wirtschaftliche Gesamtentwicklung Polens auch dem deutsch-polnischen Handel in steigendem Maße zugute gekommen ist, wie die folgenden Zahlen beweisen:

Die Einfuhr nach Deutschland betrug in Millionen Reichsmark:

	im ersten Halbjahr 1927	im ersten Halbjahr 1926
aus Danzig	7.8	9.2
„ Ostpolen	86.2	62.7
„ Westpolen	38.7	32.3
„ Polnisch-Oberschlesien	33.9	25.5
Insgesamt	166.6	129.7

Die Ausfuhr aus Deutschland betrug in Millionen Reichsmark:

	im ersten Halbjahr 1927	im ersten Halbjahr 1926
nach Danzig	36.7	33:1
„ Ostpolen	91.6	48.2
„ Westpolen	22.1	6.3
„ Polnisch-Oberschlesien	43.1	18.9

Die vorstehenden Zahlen beweisen das wirtschaftliche Aufeinanderangewiesensein der beiden Länder. Würden nun bei den bevorstehenden Verhandlungen, wie zu fordern ist, die beiderseits bestehenden Zollhindernisse erheblich verringert werden, so würde der gegenseitige Warenverkehr noch stärker steigen. Dies ist namentlich nach dem Zustandekommen der Anleihe zu hoffen.

Stabilisierungsanleihe und deutsch-polnische Verständigung.

Der Hauptzweck dieser Anleihe ist ja die Stabilisierung der polnischen Währung, wie die jüngst von der polnischen Regierung veröffentlichten interessanten Angaben über die Verwendung der Anleihegelder ergaben. Hiernach sind 75 Millionen Zloty zur Erhöhung des Anleihekapitals der Bank Polski bestimmt, 140 Millionen Zloty zur Uebernahme der Hälfte des umlaufenden ungedeckten Papiergeldes durch die Bank Polski, 90 Mill. Zloty zum Umtausch der andern Hälfte in Silbermünzen, 25 Mill. Zl. zur Tilgung laufender Staatsschulden, 75 Millionen Zloty zur Bildung einer Finanzreserve der Bank Polski, die restlichen 135 Millionen Zloty für Kredite an Staatsunternehmungen und die Landwirtschaft. Bisher war die Furcht der Regierung vor einer Erschütterung des Zloty durch gesteigerten Import, auch ein großes Hemmnis für die Erweiterung der Einfuhr. Es dürfte nach obigen Angaben, die den hohen Grad der durch die Anleihe bevorstehenden Valutastärkung veranschaulichen, klar sein, daß jene Einfuhrhinderung beträchtlich gemildert wird, denn diese Stärkung wird sich ebensowohl in der polnischen Innenwirtschaft als auf dem internationalen Markte bemerkbar machen. Um so dringender ist es, daß mit der großagrarischen und industriellen Sabotage der Handelsvertragsverhandlungen auf beiden Seiten Schluß gemacht wird.

Sozialpolitische Reaktion.

Wir dürfen diese Betrachtung nicht abschließen, ohne auch der sozialpolitischen Wirkungen der Dollaranleihe zu gedenken. Schon der amtliche Hinweis darauf, daß immerhin fast ein Viertel des Anleihebetrages in der inneren Wirtschaft investiert werden wird, legt eine solche Betrachtung nahe. Unter den in der amtlichen Angabe genannten „Staatsunternehmungen" ist in erster Linie wohl der Ausbau des heute noch ungenügenden Eisenbahnnetzes zu verstehen: das liegt ja auf der Linie der oben gekennzeichneten aufsteigenden Wirtschaftsentwicklung. Dieser Ausbau sowie die Anlage öffentlicher Wege und dergleichen wird auch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugute kommen. Hingegen wird die von der Regierung ebenfalls angekündete Kreditaktion für die Landwirtschaft zum Prüfstein ihres guten sozialpolitischen Willens, ja ihres Klassencharakters werden, da erst jüngst die Zeitung „Piast" gerade über die Kreditnot der ärmsten Bauern klagte.

H—z.

Konstantinopel

Von Julius Meier-Graefe.

Einfahrt in den Bosporus. Man sollten immer nur draußen herumfahren und die Stadt nicht betreten. Einem Delacroix, der die großartige Perspektive entrollte, genügte der Blick auf irgendeine primitive Abbildung, um die Absicht der Natur zu erraten und sie zu überbieten. Die Türken haben nichts erraten. Sie setzten wahllos kleine und große Häuser, Moscheen, Minarette auf das Gelände und bekleckſten es, immer nur auf platteste Notdurft bedacht. Kein Haus steht, wie es stehen müßte. Die Kultbauten häufen sich klumpenweise. Das zauberhaft gelegene Serail ist flüchtigste Improvision, und niemandem fiele ein, die Sultane, die hier residierten, für fürstliche Machthaber zu halten. So richten sich eilige Gouverneure ein, die nächstens wieder weg müssen. Man findet schon im 17. Jahrhundert und noch früher das erstaunliche Proletariertum moderner Monarchenmilieus. Nur wird man nicht abgestoßen. Die Kümmerlichkeit der ganzen Anlage hat fast etwas Rührendes. In einer der vielen gartenhaushaften Lokalitäten wurde gerade eine Sammlung chinesischer Porzellane aufgestellt, unter denen es gute blauweiße Kanghis gab. Das asiatische Dekor wirkte in dieser Umgebung ungemein natürlich, während jeder der vielen türkischen Versuche, sich mit architektonischen Formen Europas abzufinden, nur kleptomanische Gelüste verrät.

Die Bewohner der Stadt haben ihr orientalisches Kostüm ablegen müssen. Es gibt keine Hunde und keinen Fez mehr, und die Frauen gehen unverschleiert. Der Schleier liegt auf dem Haar und kann jeden Augenblick herabgezogen werden, und mancher Moslem trägt den Turban in der Tasche, um ihn, sobald Kemal fällt, bei der Hand zu haben. Vorher traut man sich nicht. Renitente Fezleute werden hingerichtet. Es ist Kemal mit dem Eingriff in die Toilette gelungen, die geplante Erneuerung des Volkes symbolisch festzulegen, aber die Stadt sieht seitdem wie Kattowitz aus. Der vielbesungene malerische Orient steckte nur noch im Kostüm der Eingeborenen. Wahrscheinlich ist Stambul immer ein verkleidetes Kattowitz gewesen, und Kemal beging mit der Unterdrückung der Maskerade einen Akt der Ehrlichkeit.

Hier und da spürt man noch, versteckt unter türkischer Tünche, die byzantinische Glanzzeit. Die merkwürdigsten Reste, auf die man am wenigsten gefaßt ist, stecken unter der Erde: die riesigen Wasserkeller, unabsehbare Säle, deren Boden flüssig ist und deren gewölbte Decken von zahllosen Säulen getragen werden. Säle sagt viel zu wenig. Als ich die erste Zisterne betrat, überfiel mich eine Art Platzfurcht. Die eine heißt die Zisterne der 1001 Säulen. Ein steinerner Wald dehnt sich, glaubt man, unter der ganzen Stadt aus. Phantastische Bilder, finster und großartig und durchaus fremd, spielen auf dem gleißenden Wasserspiegel. Anders geartete Lebewesen mögen sich hier belustigt oder unheimliche Kulte getrieben haben. Die Tatsache, daß ein höchst plausibler nützlicher Zweck, die Sammlung des Wassers, diese Pracht hervorrief, stößt auf Widerstände unserer geheimnislüsternen Psyche, die allein hier unter der Erde etwas von dem erwarteten und oben verweigerten Märchen Konstantinopels wittert.

Unter Tag die Säulenwälder der Zisternen, über Tag die Agia Sophia. Wir wollten eigentlich nichts anderes sehen, kamen nur der Kirche wegen her. Ich erwarte die gesteigerte Würde des Tempels von Jerusalem, den erhöhten Glanz von S. Vitale in Ravenna, eine vergeistigte Markuskirche. Ich hoffte auf den rauschenden Akkord des byzantinischen Griechentums, des griechischen Christentums, erwartete den christlichen Tempel. Es ist dafür gesorgt, daß unsere Rechtfertigungen nicht in den Himmel wachsen. Die geträumte Agia Sophia hat vielleicht einmal gestanden, wäre es auch nur in den ersten dreißig Jahren bis zu dem Erdbeben, daß die ursprüngliche Kuppel brach. Damals erklang der Preis des auferstandenen Erlösers im Hymnus einer auferstandenen Menschheit. Ein genialer Mensch, Anthemios mit Namen, nicht weniger wert als ein Phidias, im Gedächtnis, zu bleiben, formte das Gefäß des christlichen Dithyrambus, und auch nach der Wiederherstellung durch Nachfolger, die seines Geistes waren, mag das Wort Justinias, der Tempel Salomons sei übertroffen, gegolten haben. Heute ist der Klang dem Hause entwichen, und man betrachtet mit dem phantasielosen Auge des Kenners ein Instrument, das nicht mehr gespielt wird. Ein interessanter Kuppelbau, meinte unser Freund, der Architekt.

Noch einmal bestätigt sich die Macht der Mosaiken, diesmal im Negativen. Sie waren einst die Augen des Doms, und ihre Blicke strahlten aus der Höhe auf die Beter hinab, während die Bilder oben blieben. Die Türken haben die Pracht mit einer gelben Sauce zugeschmiert und den Tempel geblendet. Die übriggebliebene Anatomie führt irre, den sie verrät nur die Wirkung aus dem Prunkbedürfnis morgenländischer Imperatoren, nicht den umschlingenden Hymnus der Gemeinde. Grecos Baldachin mit den himmlischen Heerscharen fehlt.

Das erste, was Kemal tun müßte, um sich vor der Welt zu der er sein Volk bekehren möchte, zu legitimieren, wäre die Entschleierung der Agia Sopha. Nicht für die Christen, nicht

für das orthodoxe Dogma, sondern für die Sophie. Man kann unseren Kathedralen die Bilder entführen und die steinernen Heiligen köpfen, immer bleibt der Dom. Solange ein gotischer Pfeiler steht, trägt er den Baldachin über der Gemeinde. Hier aber, in dem ganz erhaltenen Bau, der heute noch einem Kult dient, versagt die gegebene Bestimmung des Raums. Es ist, als weigere sich der Stein, dem Islam zu dienen, und ziehe das Wesenlose der Verunreinigung vor.

(Vorabdruck aus dem demnächst erscheinenden Reisebuche „Pyramide und Tempel“ von Julius Meier-Graefe. Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Ernst Rowohlt, Berlin.)

Die Archive bringen es an den Tag

Ein Mord vor 78 Jahren. Der vornehme Herr und die Geliebte.

Zu Beginn des Novembers 1850 wurde die russische Gesellschaft, die Theaterwelt und der Hof von St. Petersburg durch ein geheimnisvolles Verbrechen in Aufregung versetzt.

Am neunten Tage des Monats hatte man im Schnee, in der Nähe eines Moskauer Friedhofes, die Leiche einer jungen und schönen Frau gefunden, die mit kostbaren Juwelen geschmückt war. In der Toten erkannte man eine Französin, Louise Simon-Demanche, die Geliebte eines Herrn, der der großen Gesellschaft angehörte, des Alexander Soukhovo Kobylin.

Alexander Kobylin war gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts in den Salons von Moskau eine gleich beliebte und gefürchtete Erscheinung. Er war ein glänzender Plauderer, der Verfasser beißender Epigramme, dazu noch schön, hochmütig und reich.

Er war der Held unzähliger Abenteuer.

Nachdem er in Rußland studiert und die Examina mit Auszeichnung bestanden hatte, unternahm Kobylin, wie es sich damals für die jungen Herrn seines Standes geziemte, große Reisen durch Europa. Im Jahre 1841 hielt er sich in Paris auf.

Als er eines Abends in einem Restaurant des Palais Royal dinierte, fand er sich zufällig in der Nachbarschaft zweier Damen, von denen die eine, die junge außerordentlich schön war, sehr niedergeschlagen schien. Zuweilen führte sie ihr Taschntuch an die Augen, um eine Träne wegzuwischen.

Der junge Russe richtete einige tröstende Worte an sie und im Laufe der Unterhaltung, die sich nun entspann, erfuhr er, daß die melancholische Schöne, deren Vater kürzlich gestorben war, sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befand.

Er bot ihr seine Dienste an. Sie wurden angenommen und nach einiger Zeit folgte ihm die Französin nach Rußland, wo Kobylin ihr ein Geschäft kaufte und ihr vier Leibeigene zur Verfügung stellte. Mademoiselle Demanche — denn um sie handelt es sich hier — lebte sieben Jahre mit Kobylin im Glück einer wechselseitigen Liebe.

Im März 1850 traf Kobylin in der Gesellschaft die schöne Komtesse Narychkin, die später die Frau von Alexander Dumas Sohn werden sollte. Es begann ein neuer Liebesroman. Mademoiselle Demanche bekam davon Wind. Sie fühlte, daß die Gefahr ernst sei. Eifersuchtsszenen brachen aus.

Als man ihre Leiche im Schnee fand, fiel der Verdacht zunächst auf ihren Geliebten. Er wurde verhaftet. Aber nach zehn Tagen war er wieder frei. Die vier Leibeigenen der Ermordeten, die man ebenfalls in strenge Haft genommen, hatten ein volles Geständnis abgelegt und zugegeben, daß sie die Tat begangen hätten.

Sie hatten ihre Herrin ermordet,

weil sie sie grausam behandelt hatte und sie hatte auspeitschen lassen.

Die vier Leibeigenen wurden zur Knute und zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Doch stieß das Urteil schon damals auf Befremden und Zweifel und eine Revision des Verfahrens wurde beantragt und eingeleitet. Im Jahre 1857 wurde Soukhovo Kobylin von neuem verhaftet und angeklagt, die Polizei und den Untersuchungsrichter von Moskau bestochen zu haben. Diesmal blieb er sieben Monate im Gefängnis. Das Untersuchungsverfahren selbst dauerte zwei Jahre.

Da begab sich Kobylins Mutter nach St. Petersburg, erhielt eine Audienz bei der Kaiserin und auf den Befehl des Zaren wurde das Verfahren eingestellt. Aber die vier Leibeigenen wurden begnadigt.

Jetzt erst hat ein russischer Schriftsteller, Leonid Gußman, nach dem Studium aller Dokumente, das Drama und den Prozeß rekonstruiert und es hat sich herausgestellt, daß alle wesentlichen Einzelheiten bis heute in den Archiven vergraben waren.

An dem Unglücksabend hatte sich Mademoiselle Demanche in die Wohnung ihres Geliebten begeben und dort Nadejda Narychkin angetroffen. Ein Streit entstand und Soukhovo Kobylin schlug seiner Geliebten mit einem schweren Kandelaber über den Kopf. Ergebene Diener — nicht die vier Leibeigenen, die der Ermordeten gehörten — brachten den Leichnam nach außerhalb der Stadt.

Das Urteil war in der Tat durch Bestechung erwirkt worden. Kobylin hatte um den Preis von 30 000 Rubeln einen Teil seiner Richter gekauft. Die Leibeigenen waren gefoltert worden und hatten unter den Marterinstrumenten gestanden.

Im Gefängnis begann Soukhovo Kobylin seine erste Komödie zu schreiben: „Die Heirat Kretschinskys“. Einige Jahre später schrieb er zwei beißende Satiren über die Justiz. Er mußte sich ja darauf verstehen.

Soukhovo Kobylin ist in Nizza im Jahre 1903 im Alter von 85 Jahren gestorben.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 28. Oktober 1927. 16.30—18: Weidmannsheil. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.50—19.20: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. — 19.20—19.50: Abt. Flugwesen. — 20: Der junge Mensch und sein Abenteuer. — 21: Uebertragung aus Gleiwitz: Heitere Arien. — 22,15: Zehn Minuten Esperanto.

Warschau — Welle 1111.

Freitag. 12: Wie vor: 16,40: Vorträge. 17,45: Konzert. 19: Vorträge. 20,15: Symphoniekonzert aus der Philharmonie. 22: Zeitsignal, Berichte.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Freitag. 11: Vormittagsmusik. 16,15: Nachmittagskonzert. 17,50: Musikalische Kinderstunde. 18,10: Wochenbericht für Fremdenverkehr. 18,30: Tierschutzwoche 1927. 19,30: Kraftfahrwesen. 20,30: Operettenaufführung: „Der liebe Augustin“.

Bern, Welle 411 — Basel, Welle 1100.

Freitag. 16: Orchester. 16.45: Hausfrauenviertelstunde. 19.30: Schweizerische Malerei und Skulptur, Vortrag. 20: Kammermusik-Abend. 20.40: Russische Musik. 21.20: Abendmusik.

Mailand — Welle 315,8.

Freitag. 20,45: Zeitzeichen. Gedenkfeier anläßlich des Marsches auf Rom. 23: Tanzmusik. Anderes Programm: Wie Montag.

Rom — Welle 450.

Freitag. 20,45: Italienisches Konzert. „Das geschlossene Auge“, von Rosso di San Secondo. Fortsetzung des Konzertes. Letzte Mitteilungen. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Friedenshütte. Am Donnerstag, abends um 7½ Uhr, findet der fällige Vortrag statt. Referent: Herr Dr. Bloch. Thema: Weltanschauungsfragen einst und jetzt. Es ist Pflicht eines jeden zum Vortrag zu erscheinen.

Versammlungskalender

Myslowitz. D. S. A. P. und Bergarbeiter. Monatsversammlung am 6. November, 10 Uhr vormittags, bei Krafczyk. Referent: Gen. Kowoll über: Wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht aller Genossen.

Schwientochlowitz. (Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“.) Die Uebungsabende finden nunmehr stets am Donnerstag statt. Nächste Gesangsstunde am Donnerstag, den 27. Oktober.

Königshütte. Maschinisten und Heizer. Am Sonntag, den 30. Oktober, vorm. ½10 Uhr, findet im Volkshaus Königshütte unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Referent zur Stelle.

Königshütte. Zjednoczenie inwalidow i pozostałych wojennych, früher Wirtschaftsverband, hält am Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, im Dom Ludowy seine fällige Mitgliederversammlung ab. Um regen Zuspruch wird gebeten; ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Vermischte Nachrichten

Gefangen im Sandsturm.

Das schauerliche Erlebnis eines Sandsturmes, den er im Golf von Aden durchmachte, schildert Walter A. Lamb in einem Londoner Blatt: „Die Hitze war furchtbar. Dabei lag etwas Scharfes in der Luft, und die Sonne hing wie ein düsterer Feuerball über dem Horizont, dessen Linien unbestimmt verschwammen. Wir ruderten mühselig durch den Hafen, als mein Freund plötzlich in die Richtung von Labej wies. Da türmte sich, beinahe bis in den Himmel, eine riesige graue Wolke auf und verbarg den Anblick der Wüste. „Sand!“ schrie mein Gefährte, und in einer Minute war der Sturm über uns, Er kam mit einem Wirbel heißen Sandes, der das Wasser zu Wellen aufpeitschte, während ein fahles Zwielicht die Stadt umhüllte. Der Sand schlug uns in die Gesichter wie ein furchtbarer Hagelsturm, blendete uns, fuhr in die Ohren, so daß wir nichts mehr hörten und peinigte den Körper wie mit tausend spitzen Nadeln. Am schlimmsten aber empfanden wir es, daß wir durch unsere rasch entzündeten Nüstern kaum noch atmen konnten. Endlich erreichten wir die Küste und flüchteten in eine Hütte, deren Türen und Fenster wir fest verschlossen, in der vergeblichen Hoffnung, den Sand fernzuhalten. Wir zündeten die Lampen an und warteten, aber der Sand rieselte auch hier über uns her. Als die Sandwolke vorüber war, kamen die Heuschrecken. Man hörte das Schlagen ihrer Millionen Flügel wie das dunkle Summen einer Dynamomaschine, und durch das Fenster beobachteten wir die riesigen schwarzen Massen, die das Licht des Mondes verdunkelten. Da wir fast erstickten, öffneten wir ein wenig das Fenster. Aber schon hatten unzählige Heuschrecken von dem Raum Besitz ergriffen, flogen um die Lampe, die erlosch, bedeckten die Wände und legten sich über unsere Gesichter. So rasch wir das Fenster schlossen und die Lampe, die erlosch, bedeckten die Wände und legten ssnuuM Lampe wieder ansteckten, das Unglück war geschehen und der ganze Raum von den Tieren bedeckt. Wir hatten einen langen Kampf mit diesen unerwünschten Besuchern. Als wir uns dann in den Garten hinauswagten, fanden wir in ihm kein Blatt mehr: die Heuschrecken hatten alles ratzekahl gefressen.“

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.